



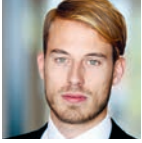
Sarah Bidoli, ist seit Juli 2015 Geschäftsführerin des Netzwerks für internationale Aufgaben (*nefia*), dem Alumniverein des *Mercator Kollegs* und des ehemaligen *Stiftungskollegs*. Zuvor war sie vor allem im Bereich Kulturmanagement und -förderung tätig. sarah.bidoli@gmail.com

Ach, Schengen ist ein Ort? → Seite 14



Niklas Kossow, Jahrgang 2014/15, ist *Communications Officer* des EU FP7 ANTICORRP Projekts und Doktorand an der *Hertie School of Governance* in Berlin. Er forscht zur Nutzung von neuen Medien in der Bekämpfung von Korruption. kossow@hertie-school.org

An den BürgerInnen vorbeigeTIPpt → Seite 19



Tim Cholibois, Jahrgang 2015/16, arbeitete bei der *C40 Cities Climate Leadership Group* in London zu urbaner Infrastrukturfinanzierung. Das Kollegjahr beendet er als Berater im Umweltministerium der Marshallinseln. tim.cholibois@web.de

„Auf einen Schlag ist Brexit für mich real geworden“ → Seite 16



Joshua Rogers, Jahrgang 2010/11, promoviert zu Staatsbildungsprozessen während des jemenitischen Bürgerkriegs an der *School of Oriental and African Studies* (SOAS) in London. Er war zuvor für die NGO *Saferworld* für Projekte in Ägypten, Libyen und Jemen zuständig. j_rogers@soas.ac.uk

Europa entzaubert → Seite 4



Lars Döbert, Jahrgang 2015/16, arbeitete während seines Kollegjahres an Projekten im Bereich Extremismusprävention für die Vereinten Nationen und die *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ). Zuvor arbeitete er beim Bundesverband der Deutschen Industrie, u. a. zu den deutsch-brasilianischen Beziehungen. lars.doebert@gmx.de

Katerstimmung im Land des Sambas → Seite 8



Loredana Sorg, Jahrgang 2014/15, arbeitet bei der *Stiftung Biovision* als Programmverantwortliche für Biolandbau-Projekte in Ostafrika. Während des Kollegjahres war sie u. a. für das Forschungsinstitut für biologischen Landbau in der Ukraine tätig. losorg@yahoo.de

Interview: „Ich habe den Friedensprozess quasi als Lokomotive gezogen“ → Seite 20



Hannah Dönges, Jahrgang 2012/2013, promoviert am *Graduate Institute for International and Development Studies* (IHEID) in Genf zum Schutz von Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und forscht außerdem zu bewaffneter Gewalt, Wilderei und Kriminalität im Urbanisierungskontext. hannah.donges@graduateinstitute.ch

Hilfe! Xeurophobie – die Ergebnisse unserer nefia-Umfrage → Seite 2



Marcia C. Schenck, Jahrgang 2012/13, beschäftigte sich während des Kollegjahres mit dem Thema Arbeitsmigration in Indonesien und Lateinamerika. Sie forscht im Rahmen ihrer Dissertation in Geschichte über die Migration von Arbeitern und Studierenden aus Angola und Mosambik in die DDR. Mcschenc@princeton.edu

Interview: „Die gestiegenen Flüchtlingszahlen sind der neue Normalzustand“ → Seite 24



Mirco Günther, Jahrgang 2009/10, ist Stellvertretender Leiter der OSZE-Mission in Kasachstan, sekundiert vom Auswärtigen Amt und ernannt vom deutschen OSZE-Vorsitz. Für die OSZE war er auch in der Ostukraine und Tadschikistan tätig. mirco.guenther@post.harvard.edu

Ohne die OSZE geht es nicht → Seite 22



Juliane Sarnes, Jahrgang 2010/11, ist Finanzanalystin in London und *Research Associate* an der *Hertie School of Governance* in Berlin. Sie ist Übersetzerin mehrerer Bücher und bloggt auf novelista.de. julistic@gmail.com

„Das kann nicht passiert sein“ → Seite 18



Sebastian Haug, Jahrgang 2012/2013, promoviert zur Rolle aufstrebender Schwellenländer in der globalen Entwicklungspolitik. Davor arbeitete er mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in China und Mexiko. sebastian.haug@posteo.de

Trump überschattet auch den Brexit → Seite 5



Laura Timm, Jahrgang 2015/2016, beschäftigt sich während ihres Kollegjahres mit der gerechten Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU und legalen Zugangswegen für Flüchtlinge nach Europa. Zurzeit arbeitet sie für die *Internationale Organisation für Migration* (IOM) in Istanbul. L.M.Timm@web.de

Mit deutschem Pass kommt man schneller raus/Das Märchen vom besseren Grenzschutz → Seite 9/26



Julius Wolz hat Politikwissenschaft in Berlin, London und Toronto studiert. Zur Zeit ist er als Praktikant bei *nefia e. V.* tätig und schreibt ab Oktober seine Masterarbeit an der FU Berlin. julius.wolz@fu-berlin.de

Generation Y in Europa: Hört uns zu! → Seite 12

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

„Ich bin von Natur aus Optimist und will optimistisch sein, aber was um mich herum passiert, macht mir Angst“, schreibt uns Sarah aus Deutschland. Was sie in der *nefia*-Umfrage schildert, spiegelt offenbar ein Gefühl wieder, das Menschen in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern Europas mit ihr teilen. Es scheint große Unsicherheit darüber zu herrschen, in welche Richtung sich unser gemeinsames Zuhause Europa entwickelt. Populistische Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch und rütteln an den Grundfesten der europäischen Idee. Sie bieten jenen Menschen ein Sprachrohr, die besonders verängstigt in die Zukunft blicken. Entwickelt sich ein neuer Zeitgeist in Europa? Das wachsende Gefühl der Unsicherheit haben wir zum Anlass genommen, um zu fragen: Wofür steht Europa?

„Frieden, Freiheit, Kultur, Geschichte, Leben“ prangen groß auf unserer Titelseite – die häufigsten Antworten auf die Frage, was die Teilnehmer unserer *nefia*-Umfrage mit Europa assoziieren und was es ihnen bedeutet. Wir verstehen diese Antworten als ein Zeichen der Hoffnung in einer Zeit, in der die Zahl der Krisen zunimmt und sich immer mehr Mitgliedstaaten von der Europäischen Union (EU) distanzieren. Außenminister Steinmeier sagte *ad hoc international*, man müsse dem Rückzug ins Nationale ganz bewusst etwas entgegensetzen, und zwar „Kooperation, Kompromissbereitschaft und Multilateralismus, trotz oder gerade weil sich innerhalb der EU einige dagegen entschieden haben“. Laut Steinmeier seien rechtspopulistische Phrasen als das zu entlarven, was sie sind: „Willentliches Scharfmachen gegen andere, Hetze gegen die Demokratie, und mörderische Brandstiftung.“ Auch Migrationsexperte Prof. Alexander Betts bezieht Position gegen einfache Lösungen, indem er sagt: „Im Kontext der Globalisierung ist das, was mit Abschottung erreicht werden kann, sehr begrenzt, denn wir leben im Zeitalter der Migration. [...] Wir müssen uns dieser Realität stellen, anstatt anzunehmen, dass wir die Tür einfach zu machen können.“

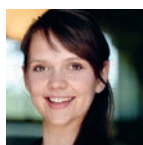
Aktuell schaut Europa sehr auf sich selbst und die eigenen Probleme. Doch oft tut es gut, sich zurückzunehmen und die Dinge mit Distanz zu betrachten, um wieder etwas klarer zu sehen. Darum wechseln wir in diesem Heft bewusst die Perspektive

und fragen: Wie nehmen eigentlich andere Länder Europas Krisen wahr? *nefiatInnen* liefern uns spannende Einsichten aus Ägypten, Mexiko, Brasilien, Pakistan und der Türkei. Sie berichten von den Auswirkungen von Europas Krisen auf diese Länder, gehen aber auch auf die Herausforderungen ein, mit denen die jeweiligen Länder selbst zu kämpfen haben. Darüber hinaus lassen wir zwei Alumni der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes, einem *nefia*-Kooperationspartner, zu Wort kommen. Sie präsentieren uns zwei Meinungen aus Indonesien und Russland.

Wenngleich die Schlagzeilen in Europa um die hausinternen Krisen kreisen, schwelt die Ukraine Krise in der Nachbarschaft weiter. Dass wir auch hier weiterhin nach Lösungen suchen müssen, bestätigt uns Heidi Tagliavini, die ehemalige Sondergesandte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). „Ungelöste Konflikte, die aus irgendeinem Grund plötzlich in den Hintergrund geraten, haben ein großes Potenzial zur Eskalation“, warnt sie im Interview mit *ad hoc international*. Die OSZE, eine zuvor fast in Vergessenheit geratene Institution, spielt eine zentrale Rolle in der Lösungsfindung im Ukraine-Konflikt. Mirco Günther, Jahrgang 2009/10, berichtet von seinem Einsatz als OSZE-Beobachter im ukrainischen Charkiw und darüber, wie die OSZE sich neu definiert.

Am Ende des Hefts ruft *nefia* wieder zu einer Spendenaktion auf. Bei unserem Sommerfest im Juli haben die *nefiatInnen* entschieden, das Projektkolleg 2017 von SINGA Deutschland zu unterstützen. Das Berliner Start-up ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zusammenbringt und damit Wege für die nachhaltige Integration von Geflüchteten ebnet. Wir würden uns freuen, wenn Sie mit Ihrer Spende SINGA bei der Umsetzung eines Projektes unterstützen würden.

Wir hoffen, die Auswahl unserer Beiträge hilft dabei, den Blick auf Europas Krisen zu schärfen und wünschen eine anregende Lektüre!



Waleria Schüle



Julia Harrer

Hilfe! Xeurophobie – die Ergebnisse unserer nefia-Umfrage

von Hannah Dönges

Xeurophobie, unser Neologismus und Namensgeber der nefia-Umfrage, steht für die „Furcht vor dem Fremden/Europa/dem Anderen als Gegensatz zu der Begeisterung für eine gemeinsame europäische und kosmopolitische Idee“. In unserer Umfrage fragten wir nach eben diesem Gegensatz. Über das nefia-Netzwerk hinaus streuten wir den englischsprachigen Fragebogen über soziale Netzwerke quer durch Europa. Insgesamt erhielten wir 168 auswertbare Antworten zu Fragen in den Themenblöcken Europa, Xenophobie und Diskriminierung, Zukunftsvision und Lösungsvorschläge für Europa. Die Antworten zeigen: Die Sorge um Europa ist groß, aber es gibt auch ein ausgeprägt europäisches Selbstverständnis, das gekoppelt mit pro-europäischen Initiativen und Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung Hoffnung gibt.

Die Idee zur Umfrage kam mir schon vor einiger Zeit, als der *Front National* in Frankreich und in Deutschland die *Alternative für Deutschland* (AfD) an Stimmen gewannen. Die Gesellschaft ist zunehmend polarisiert: Die Eliten führen Diskurse, die zwar faktisch korrekt sind, aber die Ängste eines Teils der Bevölkerung ignorieren. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich besser vertreten durch populistische Gruppierungen, deren emotional aufgeladene Argumente keiner faktischen Basis mehr bedürfen. Eine ähnliche Tendenz zeichnet sich im US-amerikanischen Wahlkampf ab. Gerade deshalb sprechen wir in der Umfrage *Hilfe! Xeurophobie* auch die Emotionen an, die zur Zeit mit der EU und mit Europa verbunden werden. Der Umfrage liegt bewusst ein Europabegriff zugrunde, der größer ist als die EU-Mitgliedstaaten und die europäische Werte- und Schicksalsgemeinschaft umfasst. Frieden, Kultur, Freiheit, Menschenrechte und Geschichte sind die meist genannten Antworten zur Frage nach einer persönlichen Definition Europas.

Sebastian schreibt: „Ich bin im kommunistischen Ostdeutschland aufgewachsen. Wie der Fall des Eisernen Vorhangs, kann ich mich vor allem mit ‚Europa‘ als ‚Projekt‘ identifizieren, das für Freiheit im Allgemeinen steht, aber auch die Ausweitung meiner persönlichen Freiheit bedeutet und die Chance, dass mehr und mehr Menschen dieselben zivilen Freiheiten und Menschenrechte genießen oder für sich beanspruchen können.“ **Iason aus Griechenland** beschreibt Europa als „eine Gruppe zivilisierter Länder mit kulturellen Unterschieden, wirtschaftlichen Ungleichheiten und einer langen Geschichte von Konflikt, das in letzter Zeit eine friedliche, aber fragile Ära durchlebt.“ **Charlotte, ebenfalls aus Griechenland**, schreibt, für sie sei Europa schlicht: „Mein Heimatland.“ **Jon aus Spanien** schreibt: „Europa bedeutet Geschichte und Entwicklung. Es bedeutet Kreativität und es ist ein sicherer Ort für Denker.“

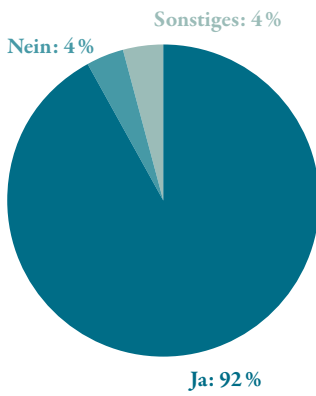
Die Umfrageteilnehmer reflektieren stark unsere eigenen Netzwerke – dadurch und durch ihr rein englischsprachiges Design und die exklusive Zirkulation online ist sie weder repräsentativ noch wissenschaftlich – sondern ein erster Schritt, um Hoffnung zu mobilisieren sowie Ideen und Projekte zu sammeln. 90 der 168 Umfrageteilnehmer sind Deutsche (ein Drittel von ihnen lebt nicht in Deutschland), die zweitgrößte Gruppe sind Franzosen (22), gefolgt von neun Italienern. 93 Prozent der Umfrageteilnehmer sind zwischen 20 und 40 Jahren alt. Eine überwiegende Mehrheit sieht sich als europäisch: 154 der 168 Befragten. Unter den „anderen“ Antworten fanden wir sehr interessante Ansichten, so antwortete etwa **Max aus Deutschland**, er fühle sich „eher europäisch als deutsch. Eher menschlich und individuell als europäisch“, und **Britta aus Nordamerika** schreibt: „Ich hoffe, europäisch zu werden.“

Von Furcht bis Optimismus:

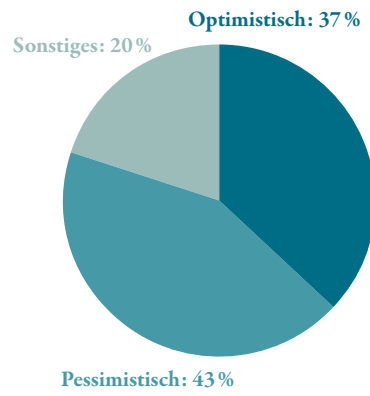
Gemischte Gefühle über Europas Zukunft

Das Bild ist deutlich durchwachsener in der Sicht auf die Zukunft Europas. Die Ereignisse der vergangenen Monate, insbesondere das Referendum im Vereinigten Königreich, das Attentat von Nizza und schließlich der gescheiterte Putsch in der Türkei, spiegeln sich deutlich in immer negativeren Antworten bis zur Schließung der Umfrage am 23. Juli wider. **Sarah aus Deutschland** schreibt: „Ich bin von Natur aus Optimist und will optimistisch sein, aber was um mich herum passiert, macht mir Angst – es gibt so viele Menschen, die das europäische Projekt nicht unterstützen oder nicht verstehen, so viele Herausforderungen, ein Rechtsruck in vielen Parlamenten der Mitgliedsstaaten sowie im europäischem Parlament.“ **Marie aus Frankreich** findet: „Ich hätte gern, dass Europa föderalstaatlicher und demokratischer wird, aber bin mir nicht sicher, ob wir auf dem richtigen Weg sind.“ Das starke Europa-Bewusstsein auf der einen Seite und die Sorge um dieses einzigartige Projekt drückt sich auch in **Jules’** Worten aus: „Ich bin optimistisch bezüglich der Schönheit und des Potenzials Europas, aber ängstlich, ob wir Europas Schönheit rechtzeitig genug wertschätzen, um ihre Zerstörung zu verhindern.“

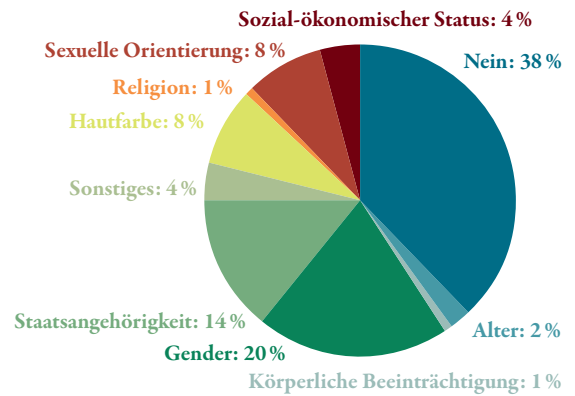
Es scheint oft, als würden diejenigen, die einem freiheitlichen Lebensstil mit Gewalt drohen, und Rechtspopulisten, die die Gefahr im Fremden suchen, miteinander eine gefährliche Partie eskalierenden Pingpongs spielen. 2006 sagte Jürgen Habermas in einer Rede: „Bei uns in Europa ist die Durchsetzung der Verfassungsnormen eine so unbestrittene Prämisse des Zusammenlebens, dass der hysterische Aufruf zur Verteidigung unserer ‚Werte‘ als die semantische Aufrüstung gegen einen unbestimmten inneren Feind scheint. Die Bestrafung von Gewalt und die



1 Fühlst du dich als EuropäerIn?



2 Fühlst du dich optimistisch oder pessimistisch in Bezug auf die Zukunft Europas?



3 Wurdest du schon einmal diskriminiert? Wenn ja, aus welchem Grund?

Bekämpfung von Hass verlangt ruhiges Selbstbewusstsein, aber keine Scharfmacherei.“ Und vielleicht eine gute Prise hartnäckigen Optimismus. **Zaheer aus Usbekistan** schreibt zu dem Spannungsverhältnis: „Die Zukunft Europas hängt vom gegenseitigen Verstehen von Europäern und Ausländern ab; solange es Verständnis und Respekt füreinander gibt, können wir optimistisch sein.“ **Leslie aus Schottland** kommentiert über den Fragebogen hinaus: „Ich fühle auch ein dringendes Bedürfnis, in Bildungsmaßnahmen einige der moralischen Verantwortungen und Pflichten zu betonen, die wir innerhalb der EU haben und gegenüber anderen Teilen der Welt, die sich weniger glücklich schätzen können als wir.“ Abschließend schreibt er: „Ich hoffe sehr, dass, obwohl Großbritannien die EU verlässt, ein unabhängiges Schottland seinen Platz in der EU einnehmen und weiterhin mit anderen Nationen und Menschen ähnlichen Geistes arbeiten wird.“

Xenophobie: Wie gehen wir dagegen vor?

Die Mehrheit der Umfrageteilnehmer hat sich selbst für einen oder mehrere der genannten Gründe (Liste in oben stehender Grafik) diskriminiert gefühlt. 94 Prozent haben Diskriminierung und/oder Xenophobie in ihrem eigenen Umfeld oder in den Medien wahrgenommen. Lösungsansätze, um Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu begegnen, werden vor allem in der Bildung gesehen, vom frühkindlichen Alter an. Prominent genannt werden auch Austauschprogramme für junge Menschen und Erwachsene nicht nur innerhalb Europas, Zivilcourage im ernsthaften und respektvollen Dialog, Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum, die Segregation vorbeugen sowie die Unterstützung lokaler Initiativen. **Jonathan aus Großbritannien** sieht die Lösung vor allem in „einer Rückkehr zur Fokussierung auf die sozio-ökonomische Ungleichheit und den Mangel an Chancengleichheit als die Hauptursache rechtsgerichteter politischer Parteien, die Außenseiter zum Sündenbock machen.“ Er ruft dazu auf, bestimmte Gruppen – wie politische Eliten und Unternehmen – die diese Probleme vernachlässigen, zur Verantwortung zu ziehen. Diese Sichtweise teilt auch **Inigo aus Spanien**, der meint, dass alle Achsen von Diskriminierung (Geschlecht, Rasse, sexuelle Orientierung, sozio-ökonomischer Status, etc.) offensichtlich und überall sichtbar sind: „Fremdenfeindlichkeit ist besonders weit verbreitet, aber ich sehe sie meist gekoppelt an den sozio-ökonomischen Status.“

Anna aus der Schweiz schreibt: „Ich denke, es ist wichtig, Menschen zu konfrontieren. Viele denken, ‚es gibt nichts, was man machen kann‘ oder ‚du kannst ihre Meinung nicht ändern‘.“ Nach den jüngsten Terroranschlägen steigt offenbar die Fremdenfeindlichkeit gegen muslimische Menschen. Aber es ist wichtig, sich in diesen Gesprächen zu engagieren, wenn wir ihnen begegnen. Oft finden sie außerhalb unserer sozialen Kreise statt, sodass es schwierig ist, diese Ansichten in Frage zu stellen. „Viele Menschen haben noch nie einen Flüchtling gesehen. Reale Begegnungen können ihnen helfen, ihre Vorurteile zu überwinden“, so Anna.

Die Umfrage gibt Hoffnung auf ein aufgeschlossenes, offenes, inklusives und lernbereites Europa. Auf die Aufforderung, eine Person oder ein Projekt zu nennen, dass die europäische Idee voranbringt, schreibt **Stéphanie aus Frankreich**: „Jeder, den ich kenne. Sie alle haben zwei, drei oder mehr Heimatländer. Wie spitze ist das?“ Zu einer gelingenden Integration beschreibt Habermas in der zuvor zitierten Rede eine Lektion, die immer dieselbe bleibe: „Keine Integration ohne die Erweiterung des eigenen Horizonts, ohne die Bereitschaft, ein breiteres Spektrum von Gerüchen und Gedanken, auch von schmerzlichen Dissonanzen zu ertragen.“ **Djamila aus Deutschland** schreibt: „Aufgeschlossene Menschen treiben die europäische Idee voran. Menschen, die eine andere Meinung als die eigene akzeptieren.“

Vielleicht stehen gerade wir, die 20- bis 40-Jährigen, die „Generation Erasmus“, die die einzigartige europäische Freiheit von jung auf ganz selbstverständlich gelebt haben, besonders in der Pflicht, nun aktiv für sie einzustehen. Europa war und bleibt ein eingartiges Friedensprojekt. Es scheint, als sei der Moment gekommen, von der bisherigen Selbstverständlichkeit in eine aktive Phase überzugehen. Darin müssen wir es schaffen, uns über Bildungsgrade und Grenzen hinweg zusammen weiter, bunter und vielfältiger zu entwickeln und ein inklusives Zuhause für alte und neue Europäer aufzubauen. Ein möglicher Schritt dieses Projekts des *Crowdsourcing* hoffnungsvoller Ideen und Initiativen wäre, die Fragen unserer Umfrage auch an Geflüchtete in Europa zu stellen, und von ihnen und mit ihnen über Europa und gemeinsames Wachsen zu lernen. ←

Europa entzaubert



von Joshua Rogers

Aus europäischer Sicht scheint die Lage derzeit grimmig: Hohe Arbeitslosigkeit, niedriges Wachstum und tiefe Einschnitte in den Sozialstaat in den südlichen Mitgliedstaaten der EU; Brexit im Nordwesten; überall erstarkende Demagogen und immer offener zur Schau gestellte Fremdenfeindlichkeit. In der Eurokrise und im Umgang mit Geflüchteten hat sich Europa durchgewurschtelt. Gleichzeitig muss sich die EU der Kritik stellen, dass in den vergangenen Jahren Millionen Menschen verarmt sind und die Jugendarbeitslosigkeit seit 2008 um ein Drittel gestiegen ist – und dass noch nie mehr Menschen bei dem Versuch, in die EU zu gelangen, gestorben sind.

Von der „südlichen Nachbarschaft“ aus gesehen, schillern diese Probleme ambivalent. Für viele Ägypter bleibt Europa ein gelobtes Land, in dem sie gerne leben und arbeiten würden. Ein Viertel der jungen Männer in Ägypten will auswandern, Europa ist nach den Golf-Staaten das zweithäufigste Wunschziel.

Das liegt vornehmlich daran, dass die Ägypter ihr eigenes Land noch um einiges grimmer wahrnehmen, als die Europäer Europa. Die Hoffnungen des arabischen Frühlings sind einer neuen Militärdiktatur gewichen, die, stärker noch als das Mubarak-Regime, die Zivilgesellschaft drangsalirt, Journalisten kriminalisiert, die Künste unterdrückt und jegliche Form der politischen Meinungsäußerung verbietet. Zusätzlich häufen sich die wirtschaftlichen Probleme. Der Tourismus ist fast völlig zum Erliegen gekommen, die Investitionen in den „neuen“ Suezkanal haben sich als Flop erwiesen und das ägyptische Pfund ist auf dem Schwarzmarkt kaum halb so viel wert wie noch im Jahr 2011. Statt die veraltete Infrastruktur zu modernisieren, baut die Regierung dieses wasserarmen Landes eine riesige Retortenstadt in der Wüste.

Ein Viertel der jungen Männer in Ägypten will auswandern, Europa ist nach den Golf-Staaten das zweithäufigste Wunschziel.

Obzwar Europa weiterhin für viele den Traum eines besseren Lebens verkörpert, und verständlicherweise viele Ägypter kaum zwischen Europa und der EU unterscheiden, ist der Blick auf die EU selbst, als Institutionengeflecht, zunehmend negativ. Wo die EU einmal in politisch interessierten Kreisen als Vorbild für die Arabische Liga und regionale Integration hochgehalten wurde, pocht die „öffentliche Meinung“ nun auf absolute nationale Souveränität. Gerade älteren Generationen und Unterstützern des Regimes ist die EU offenbar zunehmend suspekt.

Aber auch in jüngeren, gebildeten Kreisen in Ägypten hat die EU an Glanz verloren. Das hat viel mit dem Blick auf die EU vom Südufer des Mittelmeers zu tun. Denn von dort aus betrachtet, spielt vor allem die Abriegelung der „Festung Europa“ gegenüber (syrischen) Geflüchteten eine wichtige Rolle. Zusätzlich gibt es in Ägypten vielfältige persönliche Netzwerke und Verbindungen in Länder des Südens und Südostens Europas, in denen spätestens seit 2008 die EU-Mitgliedschaft mit Sparpolitik, Arbeitslosigkeit, und fallenden Einkommen in Zusammenhang gebracht wird. Fällt das Stichwort „EU“, erzählen mir viele meiner Bekannte Geschichten über vergebliche Arbeitssuchen oder die zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Freunde und Familienmitglieder in EU-Ländern.

Für jemanden, der Syrien oder Libyen vor den Bürgerkriegen erlebt hat und nun nicht wiedererkennt, scheint ein Auseinanderbrechen der EU nicht besonders abwegig.

Zu guter Letzt macht der Blick aus Ägypten deutlich, dass Institutionen versagen und Ordnungen zerfallen können. Eine Freundin sagte mir nach dem Brexit: „Eigentlich ist es traurig, dass Großbritannien aus der EU austritt, aber ich glaube, die wissen, was sie machen. Die EU wird bald auseinanderbrechen. Sie verlassen bloß das sinkende Schiff.“ Innerhalb der EU ist es kaum denkbar, dass so etwas passiert. Doch für jemanden, der Syrien oder Libyen vor den Bürgerkriegen erlebt hat und nun nicht wiedererkennt – oder in Ägypten an der Revolution teilgenommen hat, scheint ein Auseinanderbrechen der EU nicht besonders abwegig. Es gilt zu hoffen, dass dieser Blick als Prognose zu düster ist; als Weckruf sollten wir ihn aber ernst nehmen. ←

↙ Kairo, 2011: Demonstranten bei einer kurzen Pause in einem Zelt auf dem Tahrir-Platz.



Trump überschattet auch den Brexit

von Sebastian Haug

In Mexiko werden die Geschehnisse auf dem europäischen Kontinent mit Sorge verfolgt. Die größte Sorge gilt aber dem großen Nachbarn im Norden.

Viele mexikanische KommentatorInnen nehmen die Veränderungen in der Eurozone zum Anlass, um die eigenen Probleme zu diskutieren. Die Sozialwissenschaftlerin Iliana Rodríguez Santibáñez etwa versucht, aus der Lage Griechenlands Lehren für Mexiko abzuleiten. Sie ruft dazu auf, die strukturellen Probleme der mexikanischen Wirtschaft und die Abhängigkeit von internationalen Geldgebern kritisch zu hinterfragen. Die meisten Gespräche drehen sich aber um die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Krisen auf Mexiko. Viele MexikanerInnen befürchten, dass eine schwache Wirtschaftsleistung in der Eurozone mittelfristig das mexikanische Wirtschaftswachstum hemmen wird.

Nach dem Brexit sank der Peso im Vergleich zum US-Dollar auf den niedrigsten Stand seiner Geschichte.

In den vergangenen Monaten rückte der Brexit alle anderen europäischen Themen in den mexikanischen Medien in den Hintergrund. Stimmen aus der Wirtschaft waren sich einig, dass der Brexit zu mehr Volatilität an den Märkten führen würde. Für die mexikanische Währung, den Peso, waren die unmittelbaren Auswirkungen des britischen Referendums verheerend: Der Peso sank im Vergleich zum US-Dollar auf den niedrigsten Stand seiner Geschichte. Auch mexikanische Firmen, die in Großbritannien aktiv sind, mussten Einbußen an der Börse hinnehmen. Finanzminister Luis Videgaray stutzte den öffentlichen Haushalt für das laufende Jahr – um besser für anstehende Umwälzungen an den Finanzmärkten gewappnet zu sein.

Das alles bereitet der mexikanischen Elite Sorgen. Die Mehrzahl der EntscheidungsträgerInnen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft befürworten wirtschaftliche Globalisierung und internationale Kooperation. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind wichtige Handelspartner und politische Verbündete. Spaltung und Chaos in Europa können daher nur negative Folgen für Mexiko haben, so ist sich das „Establishment“ einig.

Stimmen aus dem linken Milieu sehen das anders. Sie sehen in der EU ein neoliberales Regime, das sowohl direkt als auch indirekt soziale Rechte beschneidet. Alejandro Nadal etwa, der für die linksgerichtete Zeitung *La Jornada* schreibt, nennt den Vertrag von Lissabon in einem Atemzug mit NAFTA, dem 1994

in Kraft getretenen nordamerikanischen Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada. Für ihn zementieren beide Instrumente rigide neoliberale Logiken. Besonders die marxistisch inspirierte Linke in Mexiko sieht den Brexit daher nicht nur als Unsicherheitsmoment für globale Finanzströme, sondern auch als den potentiellen Beginn eines radikalen Wandels. Dieser Wandel, so die Hoffnung, könnte sich von Großbritannien auf ganz Europa ausweiten.

Für Mexiko ist das potentielle politische Erdbeben des Jahres die mögliche Präsidentschaft Donald Trumps.

Für Mexiko hat Europa – allen voran die ehemalige Kolonialmacht Spanien – in den vergangenen Jahrzehnten entschieden an Relevanz eingebüßt. Wenngleich das Weltbild vieler MexikanerInnen nach wie vor ein eurozentrisches ist, so ist Europa nicht mehr der entscheidende Referenzpunkt. Dominante wirtschaftliche, politische und kulturelle Impulse kommen schon lange vor allem aus den USA. Die mexikanischen Medien weisen wieder darauf hin, dass es in erster Linie die benachteiligten Teile der britischen Bevölkerung waren, die für den Brexit gestimmt haben. Für sie ergeben sich dadurch unweigerlich Parallelen zu den AnhängerInnen von Anti-Establishment-Figuren im US-amerikanischen Wahlkampf. Aus mexikanischer Perspektive verliert der Brexit jedoch merklich an Bedeutung, wenn man ihn mit dem anderen potentiellen politischen Erdbeben des Jahres vergleicht – etwa der möglichen Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten.

Es ist nicht nur die von Trump in Aussicht gestellte Grenzmauer, die die Gemüter erhitzt. Millionen von Menschen mexikanischer Abstammung leben in den USA mit oder ohne Aufenthaltserlaubnis; mit ungewisser Perspektive. Die mexikanische Mittelschicht bangt um ihren Zugang zu den Einkaufszentren und Vergnügungsparks des dominanten Nachbarn im Norden. Zudem fragen sich viele, was – sollte Trump wirklich US-Präsident werden – aus den Produktionsstätten der US-amerikanischen Industrie werden soll, die seit dem Abschluss des NAFTA nach Mexiko verlagert wurden. Sie bilden mittlerweile eine wichtige Säule der mexikanischen Wirtschaft. Vor dem Hintergrund einer möglichen Präsidentschaft Trumps verblassen Geschehnisse auf dem europäischen Kontinent zu Randphänomenen. Alle freien Kapazitäten werden darauf verwandt, zu verstehen, was in den USA vor sich geht. Der Brexit ist dabei für viele lediglich der unheilvolle Vorbote weit dramatischerer Umbrüche. ←



Europa, steh' ein für deine Werte

von Dederik Schopf*

Wie machen sich die Krisen der EU in Pakistan bemerkbar? Vor allem verliert eine wirtschaftlich schwächelnde EU ihren Einfluss auf die Lage der Menschenrechte in einem Land, dem ein Ruf als Krisenregion vorausseilt.

Mit Großbritannien verlässt just jener Staat die EU, in dem die meisten Pakistaner im Ausland beheimatet sind. Die wirtschaftlichen Einbußen des britischen Abgangs werden auch in Pakistan spürbar sein. Jährlich fließen über zwei Milliarden US-Dollar von Pakistanern, die in Europas größtem Inselstaat leben, zurück nach Pakistan. Auch dürfte Großbritannien bald deutlich weniger Mittel in die Entwicklungshilfe für seine ehemalige Kolonie fließen lassen. Stattdessen wird man in der Entwicklungszusammenarbeit abhängiger vom Gutdünken der EU. Darin ruht einerseits die Chance für Pakistan, sich wirtschaftlich stärker von Großbritannien zu emanzipieren und zugleich die Beziehungen zur EU jenseits der britischen Einflussphäre neu zu gestalten. Andererseits dürfte damit auch eine kritische Neubewertung der EU als Handelspartner einhergehen.

Die EU nutzt wirtschaftliche Anreize, um Pakistan zum Schutz der Menschenrechte zu motivieren.

Pakistan und die EU sind wirtschaftlich eng verbunden, ihr Handel bestimmt gegenwärtig über 30 Prozent des pakistanischen Bruttoinlandsprodukts. Insbesondere durch neue Zoll-

ermäßigungen der EU im Jahr 2014 wurde die wirtschaftliche Bindung intensiviert. Mit der so genannten „GSP+ Regelung“ soll durch den Erlass von Zöllen die Exportfähigkeit von Entwicklungsländern gestärkt werden. An diese Zollermäßigungen sind Bedingungen geknüpft. So muss Pakistans die Ratifikation und Umsetzung von 27 internationalen Verträgen über Menschen- und Arbeitsrechte, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung und Drogenkontrolle nachweisen. Die EU nutzt auf diese Weise gezielt wirtschaftliche Anreize, um in den sensiblen Bereichen staatlicher Souveränität die Lage der Menschenrechte in Pakistan positiv zu beeinflussen.

Ohne GSP+ wäre Pakistan gegenüber Staaten wie Indien und Bangladesch in der Region kaum konkurrenzfähig. Daher bekräftigte das Außenministerium jüngst Pakistans Interesse, die GSP+ Ermäßigungen nach 2017 um drei weitere Jahre zu verlängern. Gleichwohl hat der Exportumsatz bereits im zweiten GSP+ Jahr deutlich an Schwung verloren. Mit der europäischen Wirtschaftskrise ging die Sorge um einen weiterhin schwächelnden europäischen Absatzmarkt für pakistanische Produkte einher. Mit dem Scheiden Großbritanniens aus der EU könnte Pakistan zudem über kurz oder lang die Option einbüßen, unter günstigen Zoll-Konditionen in das Vereinigte Königreich zu exportieren. Pakistan hat indessen auch begonnen, sich wirtschaftlich anderen Partnern zuzuwenden. Insbesondere Gespräche mit Russland und die Etablierung eines pakistanisch-chinesischen Wirtschaftskorridors sind Zeichen einer schrittweisen Umorientierung in Richtung alternativer Partner, die Handel nicht an die Einhaltung menschenrechtlicher Standards knüpfen.

↓ Mangos sind zurzeit einer der pakistanischen Exportschlager.





↑ Fabnenverkäufer vor dem pakistanischen Nationalfeiertag.

Zwar ist Pakistan dank GSP+ dazu verpflichtet, für die Einhaltung von sieben ratifizierten Kernverträgen des internationalen Menschenrechtsschutzes Sorge zu tragen. Die menschenrechtliche Lage im Land ist indes prekär. Pakistan ist gezeichnet von ebenso schweren wie systematischen Rechtsverletzungen, insbesondere von Frauen und ethnischen und religiösen Minderheiten. Unschöner Höhepunkt dieser Haltung war die Wiederaufnahme der Todesstrafe unter dem Motiv effektiver Terrorismusbekämpfung nur knapp ein Jahr nach Beginn der GSP+ Ermäßigungen. Seither wurden 389 Menschen hingerichtet, während sich aktuell noch geschätzte 6 000 bis 8 000 Todeskandidaten in Pakistans Gefängnissen aufhalten. Obgleich die EU Pakistan offiziell zu einer Wiederaussetzung der Todesstrafe drängt, wurden die gewährten GSP+ Präferenzen bislang weder gänzlich entzogen, noch eingeschränkt.

Sowohl der Zivilpakt als auch die Kinderrechtskonvention gehören zu den Kernverträgen, die Pakistan einzuhalten verpflichtet ist. Sie beinhalten kein grundsätzliches Verbot der Todesstrafe für schwerste Verbrechen. Allerdings verbieten sie ausdrücklich deren Vollstreckung an zum Tatzeitpunkt Minderjährigen. Pakistan hat in den vergangenen zwei Jahren jedoch wiederholt Jugendliche hingerichtet. Nach aktuellen Schätzungen wurden bis zu zehn Prozent der aktuellen Todeskandidaten im jugendlichen Alter verurteilt. Statt hieraus die angemessenen Konsequenzen zu ziehen, sucht die EU aktuell regelrecht nach Gründen, um Pakistans Status zu erhalten. Grund für diesen Spagat ist die Sorge, mit GSP+ werde die EU ihren letzten verbliebenen Hebel verlieren, um Pakistan in seiner Menschenrechtspolitik zu beeinflussen. Dabei mit den eigenen Grundwerten allzu flexibel umzugehen, ist indes ein gefährliches Spiel

und verspricht wenig Erfolg. Dank großzügiger amerikanischer Kompensationsleistungen für seine Bemühungen im Anti-Terror-Kampf ist Pakistan auf Konsens ohnehin nicht angewiesen.

Menschenrechte berühren einen Kernbestand der europäischen Wertegemeinschaft. Hier keine Kompromisse einzugehen, kann sowohl für die EU als auch für Pakistan langfristig nur von Vorteil sein.

Aus meiner Sicht sollte die EU mit ihrem Gestaltungsanspruch gegenüber Pakistan mehr denn je für ihre Werte eintreten. Das gilt insbesondere in einer Zeit, in der es zu zeigen gilt, dass die EU nicht nur ein Wirtschaftsbündnis ist, sondern auch und vor allem ein Zusammenschluss von Nachbarstaaten, die eine gemeinsame Werteordnung teilen und für Frieden und Stabilität stehen. Gerade für Pakistan, das seit seiner Gründung mit den Nachbarstaaten in einem von Eskalationspotential gezeichneten, permanenten Spannungsverhältnis steht, hat der Zusammenschluss europäischer Staaten Modellcharakter. Menschenrechte berühren einen Kernbestand der europäischen Wertegemeinschaft. Hier keine Kompromisse einzugehen, kann sowohl für die EU, als auch für Pakistan langfristig nur von Vorteil sein. ←

**Zum Schutz des/r AutorIn wird dieser Beitrag unter einem Pseudonym veröffentlicht.*

Katerstimung im Land des Sambas



von Lars Döbert

Brasilien und Europa eint mehr, als der erste Blick verrät. Viele Brasilianer haben europäische Wurzeln und schauen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen oft in Richtung der alten Heimat. Denn auch Brasilien kämpft mit Krisen auf vielen Fronten. Für die Lösung der Krisen zu Hause und in Europa plädieren sie für mehr Integration zwischen den Regionen.

Sehr viele brasilianische Familien haben europäische Wurzeln. Sie kamen während der Kolonialzeit aus Portugal, Spanien und Frankreich; seit dem 19. Jahrhundert vor allem aus Deutschland, Polen und Italien. Obwohl konfessionelle und politische Beweggründe auch eine Rolle spielten, folgte der Großteil der europäischen Auswanderer der Hoffnung auf eine bessere ökonomische Zukunft. Sie flohen vor Armut und Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern. Für ihre Nachkommen ist Europa noch immer wichtiger Referenzpunkt. Wenn Brasilien heute auf das krisengeschüttelte Europa schaut, sucht es nach Impulsen für die Lösung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Probleme.

Nach Jahren konstanten wirtschaftlichen Wachstums, das Brasilien das Hoffnungs-Prädikat BRICS-Staat bescherte, befindet sich das Land derzeit in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Die amtierende Präsidentin Dilma Rousseff wurde im Mai 2016 im Rahmen eines Amtsenthebungsverfahrens vom Dienst suspendiert. Die Verfassungsmäßigkeit des Verfahrens wird nicht nur von Rousseffs Anhängern angezweifelt.

Zugleich belastet die prognostizierte Rezession von 4,3 Prozent und eine Inflation von 8,7 Prozent die Mittelschicht des Landes schwer. Die düstere Prognose hängt auch mit der schwächelnden Konjunktur in Europa zusammen. Trotz abgewertetem Real leidet die brasilianische Exportindustrie darunter, dass europäische Partnerländer im Zuge der Krise weniger importieren. Hinzu kommt eine Abnahme europäischer Direktinvestitionen, die insbesondere kapitalintensive Bereiche der Wirtschaft trifft. Dies trägt negativ zur bereits schwierigen Arbeitsmarktsituation und den steigenden Verbraucherkosten für Konsumgüter in Brasilien bei. Die einst als selbstbewusste Zeugnisse neugewonnener Stabilität und globaler Bedeutung gedachten Mega-Events – Weltju-

gendtag (2013), Fußball-WM (2014) und Olympische Spiele (2016) – lenken in den Jahren ihrer Umsetzung die globale Aufmerksamkeit nun ausgerechnet auf ein Brasilien in seiner größten Krise seit der Hyperinflation Mitte der neunziger Jahre.

Spricht man mit Brasilianern über Europa, wiederholt sich die Sorge um die zunehmende Fremdenfeindlichkeit. Die Architektin Maria-Julia de Sousa berichtet von offenen Anfeindungen, die sie in Spanien selbst erlebt habe, weil Menschen sie für eine Muslimin hielten. „Ich habe deutlich gespürt, dass ich offensichtlich nicht willkommen war. Das war eine schockierende Erfahrung.“ Ihr Freund Fernando Figueiredo ergänzt: „Brasilien ist immer ein Einwandererland gewesen. Integration und friedliches Zusammenleben vieler Kulturen ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Wir verstehen nicht, warum in Europa eine solche Furcht vor Fremden herrscht.“

Manche sehen in den wirtschaftlichen Krisen beider Regionen auch Chancen. Bei einem Gespräch mit dem Staatssekretär für Außenhandel der Regierung des Bundesstaates Goiás, William O'Dwyer, wird deutlich, dass Brasilien in einzelnen Sektoren durchaus von der eigenen wie auch der Krise in Europa profitieren kann. So ist die Agrarwirtschaft in den ländlichen Regionen, vor allem im mittleren Westen Brasiliens, weniger auf den europäischen Absatzmarkt angewiesen als andere Branchen. Die Schwäche der brasilianischen Währung verbilligt Exporte, auch im Vergleich zu Konkurrenzprodukten aus Europa, und steigert die Attraktivität der heimischen Lebensmittelindustrie gerade in stark nachfragenden Ländern wie Indien.

Als Staatssekretär O'Dwyer nach einer Empfehlung für Europa gefragt wird, antwortet er: „Wenn es eine brasilianische Erfahrung aus der derzeitigen Lage gibt, dann dass soziale Stabilität die Grundlage für wirtschaftliche Stabilität bildet.“ Für die Beziehungen zu Europa sei es jetzt wichtig, die Gespräche zwischen der EU und dem MERCOSUL (Gemeinsamer Markt des Südens) fortzuführen und mit neuer Energie zu beleben. Wichtig sei eine neue Qualität des Dialogs: ein gemeinsames Streben nach konkreten Ergebnissen und praktischen Lösungen. In Zeiten multipler Krisen beiderseits des Atlantiks sind verstärkte Kooperation und Integration vielleicht der Schlüssel, um beschädigtes politisches Vertrauen wiederzugewinnen und neue wirtschaftliche Chancen zu ergreifen. Damit würden enge Beziehungen zwischen Europa und Brasilien mehr als nur eine geschichtliche Etappe. ←

← Unsere nefiatInnen am Zuckerhut: Der 7. Jahrgang, 2015/16, kam Ende Mai zum Zwischentreffen in Rio de Janeiro zusammen, um sich mit brasilianischen Entscheidungsträgern über Gemeinsamkeiten zwischen der EU und Brasilien auszutauschen.“



Mit deutschem Pass kommt man schneller raus

von Laura Timm

„Alles in Ordnung, es geht mir gut“, schreibe ich in der Nacht vom 15. Juli mal wieder auf Facebook. Ich poste sonst nicht viel. Ab und zu mal einen Artikel, ein politisches Statement, das ich gut finde. Doch das ist dieses Jahr schon der dritte Facebook-post zu meinem Wohlbefinden. Ich will nicht, dass sich Leute Sorgen machen, weil sie nichts von mir hören aus diesen terror- und putschgeplagten Städten Brüssel und Istanbul. Meine Familie und Freunde sind trotzdem beunruhigt. „Komm mal lieber bald nach Hause“, schreiben sie als Kommentar unter meinen Status.

In den deutschen Medien scheint es, als könne man in der Türkei nicht mehr sicher leben. Massenentlassungen aus dem Staatsdienst, Verhaftungswellen, die Schließung von Schulen, Zeitungen, Webseiten ... Auch meine Freunde, Kollegen und Mitbewohner in Istanbul beobachten die Entwicklungen mit großer Sorge. Sie haben Angst, dass die Repressalien irgendwann auch sie selbst mit ihrer Lebensweise betreffen, die wir als „westlich“ bezeichnen. Die Anhänger der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP feiern jeden Abend Fahnen schwenkend auf dem Taksim-Platz Erdogans Vorstellung von einer Demokratie – doch in der Zwischenzeit geht das Leben in der Stadt weiter. Die Menschen fahren zur Arbeit, sitzen abends in Bars und Cafés und freuen sich auf Konzerte und andere Veranstaltungen am Wochenende, sofern diese nicht wegen des Ausnahmestands abgesagt wurden. Die Verunsicherung ist weiterhin groß, doch die zunächst befürchteten Kämpfe zwischen Erdogans Unterstützern und der Opposition sind nicht absehbar und auch ein weiterer Putschversuch ist unwahrscheinlich.

Die anhaltende Sorge meiner Freunde und Familie in Deutschland ist somit unbegründet. Und wenn es in der Türkei doch noch zu Ausschreitungen kommen sollte, dann werde ich eine der Privilegierten sein, die das Land schnell verlassen kann. Denn ich bin im Besitz eines deutschen Reisepasses und kann jederzeit wieder nach Hause fliegen, in eines der sichersten Länder der Welt. Wir Globetrotter halten dies viel zu häufig für selbstverständlich. Doch als sich in der Nacht des Putschversuchs Angst und Verunsicherung in Istanbul breit machten, musste ich an meine syrischen KollegInnen denken. Sie können weder in ihre Heimat zurückkehren, noch dürften sie bei anhaltenden Unruhen in einem anderen Land ihrer Wahl Zuflucht suchen, denn die visafreie Einreise wird Syrern nur in wenigen Ländern gewährt. Einer meiner syrischen Kollegen hat in der Putschnacht sofort die Länder gegoogelt, in die er noch flüchten könnte. Malaysia gehört dazu, Mauretanien, der Iran, Sudan und Jemen, außerdem Tadschikistan, Ecuador, Tansania, Mosambik, Uganda, Togo, Madagaskar, Haiti, Kambodscha und mehrere kleine Inselstaaten. Ich hingegen darf mit meinem deutschen Reisepass laut *Visa Restriction Index* in 177 Ländern visafrei oder mit einem *Visa on Arrival* einreisen. ←

↙ *Demonstration gegen den Militärputsch auf dem Taksim-Platz in Istanbul Anfang Juli 2016.*

↘ *Während des Putschversuchs in der Türkei flogen Militärjets im Tiefflug über Istanbul: Diese Schaufensterscheibe zersplitterte durch die Schallwellen.*



(Gem)einsam durch die Krise

von Dr. Ivan Kravchenko



Wie nimmt Russland die Geschehnisse in Europa wahr? *ad hoc international* hat Dr. Ivan Kravchenko um seine Einschätzung gebeten. Er ist Erster Sekretär des Generalsekretariats des russischen Außenministeriums und Alumnus der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes, ein Kooperationspartner von *nefia*. Der Beitrag spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wider.

Für die Länder Europas ist der große Zustrom an Zuwanderern aus den Regionen des Nahen Ostens und Nordafrikas zur Krise ihrer Staatssysteme geworden. Der Westen sieht sich offensichtlich zum ersten Mal mit einer solchen Herausforderung konfrontiert.

Das Problem ist äußerst vielfältig. Da ist zum einen der humanitäre Aspekt: die persönlichen Tragödien der vom Krieg vertriebenen Menschen, die in ihrer Heimat keine Zukunft haben, denen die Existenzgrundlage genommen wurde.

Aus wirtschaftlichem Blickwinkel sieht es wie folgt aus: Die Menschen, die praktisch unkontrollierbar in europäische Länder einwandern, müssen auf Staatskosten, das heißt auf Kosten der Steuerzahler und Wähler, untergebracht und versorgt werden.

Soziokulturell betrachtet wächst in Deutschland die Zahl der Personen mit anderer Religion, Kultur und Weltanschauung. Die erzwungene Nachbarschaft mit ihnen wird die Unzufriedenheit in Teilen der einheimischen Bevölkerung wecken und den Weg für verschiedene radikale Gruppen freimachen.

Vom Standpunkt der Sicherheit aus betrachtet werden mit den Flüchtlingen aus dem Nahen Osten auch Anhänger des radikalen Islams in Europa einwandern. Sie werden sich untereinander auf dem Territorium der EU vernetzen, Informations- und Pro-

pagandatätigkeiten ausüben, Mitglieder für ihre Netzwerke anwerben und (im schlimmsten Fall) terroristische Anschläge verüben. Unweigerlich wird auch die Zahl der sozialen Konflikte und Straftaten zunehmen.

Die Proteststimmung unter den Unzufriedenen in der Bevölkerung wird sich konsolidieren und einen Systemcharakter erreichen. Ein deutliches Beispiel ist hierfür die deutsche Bürgerinitiative *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA).

Die oben aufgezählten Aspekte verschärfen die alten und schaffen neue Probleme und Faktoren der Instabilität, die es zu bewältigen gilt. Auf politischer Ebene besteht die Hauptaufgabe darin, die Antwort auf die Frage zu finden: Was ist zu tun? (Die Schuldfrage wird später zu klären sein.)

Die Praxis zeigt, dass die EU-Mitgliedstaaten zwar gemeinsam glücklich sind, doch unter den Problemen leiden sie alle für sich allein. Dabei versuchen sie oft, die Verantwortung oder einen Teil der Kosten auf ihre Nachbarländer abzuwälzen. Der gegenwärtige Zuwanderungsstrom ist da keine Ausnahme. Ein jeder baut seine eigene Arche, nur verfügt keiner über klare und allgemeingültige Anleitungen zu ihrem Bau. ←



Dr. Ivan Kravchenko ist Erster Sekretär des Generalsekretariats des russischen Außenministeriums und promovierte in Politikwissenschaft an der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation. Er ist Alumnus der Internationalen Diplomatenausbildung vom Auswärtigen Amt, ein Kooperationspartner von *nefia*.
Email: kravt-iv@yandex.ru.

„Wir haben genügend eigene Probleme“

von Hariyadi Soemantri

Wie nimmt Indonesien die Geschehnisse in Europa wahr? *ad hoc international* hat Hariyadi Soemantri um seine Einschätzung gebeten. Er ist am Forschungszentrum des indonesischen Abgeordnetenhauses tätig und Alumnus der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes, ein Kooperationspartner von *nefia*. Der Beitrag spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wider.

Wenn ich mir Gedanken zur EU mache, muss ich zurzeit unweigerlich immer an eine alte Weisheit der regionalen Integration denken: Staaten lassen sich nur dann auf internationale Zusammenarbeit ein, wenn sie davon wirtschaftlich profitieren. Sobald sie das Gefühl haben, dass sie sich keinen wirtschaftlichen Vorteil mehr erarbeiten, ziehen sie sich aus einer Institution zurück. Es scheint so, als hätten die britischen Wähler im „Brexit“-Referendum die politischen und wirtschaftlichen Kosten einer EU-Mitgliedschaft nun höher bewertet als ihre Vorteile.

Für die EU und Europa wird der Brexit jedoch signifikante Auswirkungen haben. Der Prozess der regionalen Integration der verbleibenden Mitgliedstaaten wird ausgehöhlt. Der Brexit belebt auch etwas wieder, was ich das „neue alte Denken über regionale Integration“ nenne. Damit meine ich eine Rückkehr zu einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung. Die gemeinsame Geschichte und Kultur tritt komplett in den Hintergrund. Eine solche Einstellung zu europäischer Integration ist natürlich nichts wirklich Neues – insbesondere im Vereinten Königreich. Nur hatten viele offenbar den Eindruck, dass in der EU diese Phase vorbei war. Die „immer engere Union der Völker Europas“, wie sie im EU-Vertrag steht, war doch eigentlich an einem Punkt angekommen, wo nationaler Egoismus nicht mehr die treibende Kraft der Zusammenarbeit darstellte. Diejenigen, die immer betont haben, dass die EU auf einem Fundament aus gemeinsamen Werten und politischen Überzeugungen gebaut ist, scheinen eines Besseren belehrt worden sein.

Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN):

1967 als Organisation zur Förderung des konjunkturellen Aufschwungs, des sozialen Fortschritts und der politischen Stabilität in der Region gegründet. 2009 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitglieder, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach dem Vorbild der europäischen Union zu schaffen.

Mitgliedstaaten:

Neben den Gründungsmitgliedern Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur sind inzwischen Brunei, Vietnam, Myanmar, Laos und Kambodscha beigetreten. Insgesamt leben in den ASEAN-Staaten über 600 Millionen Menschen, etwa 100 Millionen mehr als in der EU.

Aus meiner Sicht muss die EU sich jetzt einer doppelten Herausforderung stellen: Einerseits muss die EU einen Weg finden, sich der ideologischen Debatte zu stellen, die von den Anhängern des neuen alten Denkens aufgeworfen wurde. Andererseits gilt es nun, neue Wege für eine vertiefte regionale Integration zu finden – auch vor dem Hintergrund einer zunehmend globalisierten Welt. Hier in Indonesien messen führende Politiker der Abstimmung zum Brexit keine große Bedeutung bei. Wir haben schließlich genügend eigene Probleme. Die explodierende Staatsverschuldung macht es schwierig, die Entwicklungsagenda weiterzuführen. Die erwarteten Steuereinnahmen kommen wegen der niedrigen Ölpreise und der schwächelnden Wirtschaft nicht in den Staatskassen an. Außerdem läuft der Kommunalwahlkampf auf Hochtouren. Das ist für uns gerade einfach wichtiger.

Wenn ich einen Blick über den nationalen Tellerrand wage, finde ich schon, dass der Brexit auch für Indonesien wichtig ist. Indonesien ist Teil eines regionalen Staatenbündnisses, dem *Verband Südostasiatischer Nationen* (ASEAN). Zwar bilden die ASEAN-Staaten noch einen eher losen Zusammenschluss, aber eine engere Integration ist seit einigen Jahren in Planung. Die EU ist das große Vorbild dafür. Gerade entsteht der ASEAN-Binnenmarkt und wird auch – ganz ähnlich wie in der EU – auf vier Grundfreiheiten beruhen. In naher Zukunft könnten wir folglich auch vor ähnlichen Problemen stehen, wie die EU das jetzt schon tut. Daher sollten die ASEAN-Staaten aus meiner Sicht drei Lektionen aus den europäischen Krisen mitnehmen:

1. Wir müssen die wirtschaftlichen Gewinne des Integrationsprozesses gleichmäßig verteilen – insbesondere weil nicht alle ASEAN-Länder auf dem gleichen Entwicklungsstand sind.
2. Wir müssen gesellschaftliche Spannungen vermeiden, so wie wir sie momentan leider in einigen Ländern der EU beobachten. Dies ist besonders wichtig für die ASEAN-Mitgliedstaaten, deren Gesellschaften sehr vielfältig sind.
3. Solidarität und die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten müssen auch weiterhin Grundpfeiler des Selbstverständnisses unserer Staatengemeinschaft sein. Die Krise in Europa hat gezeigt, dass es ein Fehler ist, nur auf die wirtschaftlichen Kosten und Nutzen zu achten. Auch gemeinsame Werte sind wichtig. ←



Hariyadi Soemantri ist seit 1998 am Forschungszentrum des indonesischen Abgeordnetenhauses tätig und promoviert seit 2016 in Umweltwissenschaften an der University of Indonesia. Er ist Alumnus der Internationalen Diplomatenausbildung vom Auswärtigen Amt, ein Kooperationspartner von *nefia*.

E-Mail: farahhar@yahoo.com

Generation Y in Europa: Hört uns zu!

von Julius Wolz

In ganz Europa herrscht Krisenstimmung, während eine ganze Generation von all den Problemen nichts mitzubekommen scheint – heißt es zumindest oft. Die „Generation Y“ lebe in der erweiterten Realität ihrer Smartphones und mache dort Jagd auf kleine putzige *Pokémon*. Bei genauerem Hinsehen ist meine Generation jedoch viel politischer, als uns immer vorgehalten wird. Und Europa ist uns wichtig! Man denke nur daran, dass fast drei Viertel der 18 bis 24-Jährigen Briten gegen den „Brexit“ gestimmt haben.

Ich gehöre zur sogenannten „Generation Y“. Wir wurden irgendwann in den 1980er oder 1990er Jahren geboren. Für uns war die europäische Integration von Anfang an da, wir haben sie von Beginn an gelebt. Reisen ohne Pass und mit Euros bezahlen ist für uns so selbstverständlich wie Smartphones und *Facebook*. Doch seit gut zehn Jahren reden alle nur noch von Krise. Und zwar genau in der Zeit, in der wir auf den Ausbildungsmarkt stürmen, in den Unis hocken, uns eine eigene Zukunft errichten wollen.

Die Abwärtsspirale begann 2007 mit der Finanzkrise. In Irland platzte zu der Zeit eine Immobilienblase. Kurz zuvor machte ich dort als Austauschschüler meine erste Auslandserfahrung. Nun standen meine neu gewonnenen Freunde dort mit lauter zerplatzten Träumen und ohne Zukunftsperspektive da. Es folgte die „Eurokrise“, es drohte der „Grexit“. Und nun auch noch der „Brexit“. Europa hangelt sich an den Krisen entlang und meine Generation wird hingehalten – ohne klare Perspektive. Nach der Uni folgt einem unbefristeten Arbeitsvertrag der nächste. Wir würden Freiräume schätzen und wollten uns selbst verwirklichen, heißt es oft über meine Generation. Was bleibt uns auch anderes übrig, um uns die unsichere Situation schön zu reden?

Von „Krise“ zu reden, ergibt im heutigen Europa eigentlich keinen Sinn. Ein Blick in den Duden verrät, dass damit eine Zeit

gemeint ist, die „den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt“. Seit Jahren probieren Politiker nun schon unterschiedlichste Ansätze aus, doch die Krise ist zum Dauerzustand geworden. Die sogenannten Rettungsmaßnahmen gehen auf Kosten unserer Generation. In Ländern wie Griechenland und Spanien etwa erdulden wir Jugendarbeitslosigkeit, in den nördlichen Ländern endlose Praktika und befristete Arbeitsverträge. Was die Jugend Europas eint, ist das Fehlen einer Zukunftsperspektive und die mangelnde Aussicht auf ein Ende der Krisen.

Meine Generation, zurecht frustriert, könnte den Glauben an das Projekt EU verlieren und damit für das europäische Einigungsprojekt gefährlich werden; wenn sie es nicht bereits geworden ist. Sie könnte alles, was die älteren Generationen errichtet haben, wieder einreißen. Aber das tun wir nicht. Meine Generation denkt pro-europäisch: Die jungen Briten, die gegen den Brexit gestimmt haben, sind der Beweis dafür. Aber auch sie müssen nun mit dem Votum der „Alten“ leben.

Unsere Generation könnte Europa neu errichten, aber die älteren Generationen lassen sie nicht.

Genau das ist das Problem: Unsere Generation könnte Europa neu errichten, aber die älteren Generationen lassen sie nicht. Die immer selben Heilmittel helfen nicht mehr. Wir haben auch kein Patentrezept zur Lösung aller Krisen – Ideen und Impulse aber schon. Hört uns zu. Streitet mit uns. Gemeinsam finden wir einen Weg. Nur eins dürft ihr auf keinen Fall tun – uns ignorieren. Denn dann wird sich ein Teil unserer Generation den Politikern und Gruppen zuwenden, die einfache Antworten bieten. ←

↓ Studierende protestieren gegen den Brexit.




 A portrait of Frank-Walter Steinmeier, the German Foreign Minister, wearing glasses and a suit. He is gesturing with his hands as if speaking.

„Es zerren starke Fliehkräfte an Europas Fundamenten“

Unsere Frage an den Außenminister: *Herr Steinmeier, welche ist aus Ihrer Sicht eigentlich die größte Krise, mit der Europa gerade zu kämpfen hat? Und wie können die BürgerInnen zur Lösung beitragen?*

Frank-Walter Steinmeier: Es fällt mir schwer, eine einzelne Krise herauszupicken – es ist vielmehr ein ganzes Krisengebräu, mit dem wir es derzeit in Europa zu tun haben: Die noch immer nicht vollständig überwundene Finanzkrise, die ungelöste Flüchtlingskrise, der Brexit, islamistische Terroranschläge, die Konfrontation mit Russland ... Viele Errungenschaften, die uns selbstverständlich erschienen und die wir über Jahrzehnte hinweg mühsam aufgebaut haben, gehen gerade durch eine schwere Bewährungsprobe. Fakt ist: Es zerren starke Fliehkräfte an Europas Fundamenten.

Das schürt die Sehnsucht nach Grenzen und nach starken Nationalstaaten, um auf diesem Weg vermeintlich Kontrolle und Sicherheit wiederzugewinnen. Und leider stehen in ganz Europa Populisten bereit, die hier einfache Antworten servieren: Schotten dicht, Fremde raus, jeder ist sich selbst der Nächste. Ich kann davor nur warnen: Angst ist ein schlechter politischer Ratgeber. Es ist nicht nur naiv, sondern grob falsch, den Menschen vorzugaukeln, dass man auf Probleme wie die Terrorbedrohung, die Krisen in unserer Nachbarschaft oder das Migrationsmanagement nationale Antworten geben könnte.

Für mich folgt daraus ein klarer Handlungsauftrag für die Politik und für die Gesellschaft: Wir Politiker müssen zeigen, dass wir die aktuellen Krisen bewältigen können, indem wir dem Rückzug ins Nationale ganz bewusst etwas entgegensetzen – nämlich Kooperation, Kompromissbereitschaft und Multilateralismus, trotz oder gerade weil sich innerhalb der EU einige dagegen entschieden haben.

Was Politiker tun, ist das Eine. Der Einzelne steht aber hier ebenso in der Verantwortung. Noch wirksamer und auch bitter notwendig ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst unmittelbar für die Europäische Union, für unsere Werte und für die Demokratie starkmachen. Das geschieht auch schon überall: Nicht nur in akademischen Diskussionen an Schulen und Hochschulen, sondern ganz konkret durch Schüleraustauschprogramme, Kulturdialog, Integrationsprojekte. Wir dürfen den rechten Populisten und ihren Phrasen keinen Zentimeter in unseren Köpfen schenken und müssen ihre einfachen Antworten als das entlarven, was sie sind: Willentliches Scharfmachen gegen andere, Hetze gegen Demokratie und mörderische Brandstiftung.

Trotz aller Krisen habe ich die Hoffnung, dass sich die Europäische Union weiter nach vorn entwickeln kann. Wenn wir es schaffen, die EU in der Krise zusammenzuhalten, wird sie hinterher zwar nicht dieselbe sein wie vorher – aber wenn wir es richtig angehen, kann sie eine stärkere sein! ←

Ach, Schengen ist ein Ort?

von Sarah Bidoli

Hört man „Schengen,“ denkt man vielleicht an das Abkommen über den freien Personen- und Güterverkehr in Europa; wenn überhaupt. Im Kontext der Flüchtlingskrise und der teilweise wieder eingeführten Grenzkontrollen war es immer wieder in den Schlagzeilen. Die Wenigsten dürften allerdings genau wissen, was und wo „Schengen“ eigentlich ist. Das kleine Dorf liegt im Süden Luxemburgs an der Mosel, im Dreiländereck von Luxemburg, Deutschland und Frankreich. Sarah Bidoli von *ad hoc international* war im Juni in Schengen unterwegs und nimmt uns mit auf einen fotografischen Spaziergang.



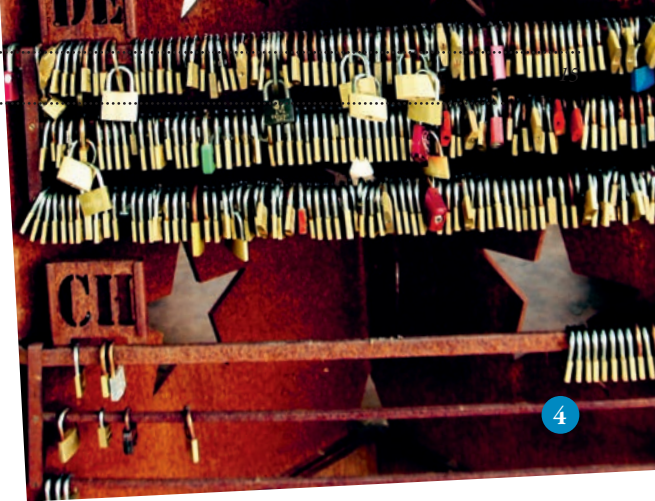
1 „Häerzlech Wëllkomm zu Schengen.“ Von meinem Heimatdorf aus, gut fünf Kilometer von Schengen entfernt, gelangt man über eine idyllische Weinbergslandschaft ins Dorfzentrum. Die Dorfkirche, der Mittelpunkt der 600-Einwohner-Siedlung, sieht man schon aus der Ferne.

2 Das Denkmal. Wenn man dem Verlauf der Weinberge hangabwärts folgt, kommt man zum Europadenkmal „Accord de Schengen“. Drei Stahlsäulen mit jeweils einem Stern symbolisieren die ersten Unterzeichnerstaaten des Schengener Abkommens: Frankreich, Deutschland und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg). Diese Aufnahme vom 25. Juni 2016 zeigt die europäische Fahne auf Halbmast; einen Tag zuvor war das Resultat des Referendums in Großbritannien und somit der britische Wunsch, die EU zu verlassen, verkündet worden.





3 Die viralen Ortsbeschilderungen. Dieses Bild hat während der Fußball-Europameisterschaft in den sozialen Medien für Aufsehen gesorgt, da es das Endresultat für das Halbfinalspiel Deutschland – Frankreich prognostizieren sollte: Deutschland 2, Frankreich 1. Die Vorhersage entpuppte sich als falsch, Frankreich gewann 2:0. Die Schilder stehen tatsächlich in Schengen kurz vor der Brücke, die Luxemburg von Deutschland und Frankreich trennt.



4 Das Europäische Museum. Am 13. Juni 2010, zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Schengener Abkommens, wurde das Europäische Museum eingeweiht. Leider kann man es momentan nicht besichtigen, da im Mai in einem Ausstellungsraum ein 40 Quadratmeter großes Stück der Decke einstürzte. Einige Einwohner sahen den Einsturz als Vorbote für den Brexit, für den die Briten nur drei Wochen später stimmten. Vor dem Museum können sich Touristen durch das Hinterlassen eines Schlosses verewigen. Besonders beliebt ist dieser Brauch bei deutschen Touristen.



5 Ein Stück Berlin in der Welt. Am 8. Februar 2010 wurden diese zwei Blöcke der Berliner Mauer auf der luxemburgischen Seite der Mosel aufgestellt, als man das 25-jährige Bestehen des „Schengener Abkommens“ feierte. Im Hintergrund kann man die Brücke erkennen, die man überqueren muss, um nach Deutschland oder Frankreich zu gelangen.



6 Das Schloss im Dorf. 5 000 Quadratmeter historische Baukunst auf 1,3 Hektar Grundstücksfläche sind in Schengen ebenfalls zu sehen. Die Ursprünge der Wasserburg reichen bis in das Jahr 1390 zurück. 1793 wurde die Burg aber größtenteils vom damaligen Besitzer abgerissen, lediglich ein Rundturm (links im Bild) überlebte, der inzwischen von Efeu bewachsen ist. An der Stelle der Burg errichtete man 1812 das abgebildete Herrenhaus. Der französische Schriftsteller und Schengengast Victor Hugo fertigte 1871 eine Zeichnung des Schlossturms an, die man ebenfalls hier bewundern kann.



7 Ein Auszug aus dem Dorfleben. Luxemburger lieben Dorfeste! Während unseres Besuches im Juni fand die „Pe'teschkiermes“ statt, ein Fest, das vom Fischerverein aus dem Nachbardorf in Schengen organisiert wird. Neben Livemusik, luxemburgischen Weinen und Bieren wurden auch die typischen Luxemburger Gerichte serviert, wie etwa „Paschteit“. Das ist die luxemburgische Übersetzung für „bouchée à la reine“, im Deutschen bekannt als „Königinpastete“.

„Auf einen Schlag ist Brexit für mich real geworden“

von Tim Cholibois



← „Zusammen sind wir stärker“, dieser Slogan konnte offenbar eine Mehrheit der BritInnen nicht überzeugen.

Ein Votum erschütterte im Juni die EU: Die Mehrheit der Briten stimmte tatsächlich für den Brexit. *nefiat* Tim Cholibois, der bereits seit sieben Jahren in London lebt, hat den Weg zum Referendum für *ad hoc international* dokumentiert und seine Gedanken im Anschluss an die Entscheidung festgehalten.

Februar 2016: „I have big news“, warnt mich eine deutsche Freundin vor, als ich sie Anfang des Jahres auf einen Kaffee treffe. Sie ist eine der wenigen Deutschen in London, die ich seit meinem Umzug 2009 kenne, die noch in der englischen Hauptstadt wohnt. „I’m out!“ Und damit meinte sie nicht, dass sie im damals noch fernen EU-Referendum für den Austritt stimmen werde. Sie hatte den Entschluss gefasst hatte, Großbritannien zu verlassen. Das politische Klima vor Ort sei ihr zu viel geworden. Brexit hin oder her – allein die Art und Weise, wie Populisten so starken Zuspruch in der Gesellschaft finden, war für sie persönlich ein klares Zeichen. Sie werde ihren Job zum Sommer kündigen. Auf einen Schlag war Brexit für mich real geworden. Ich fing an, darüber nachzudenken, was es für mich bedeuten würde, wenn es denn wirklich zum politischen Super-GAU kommen sollte.

April 2016: Im *Zeitgeist*, einem deutschen Pub in Südlondon, flirtet der Barkeeper mit einer Bekannten. „Ich liebe die Deutschen“, sagt er, „they’re my favourites“. Als er später unsere Diskussion über Brexit hört, lässt er es sich nicht nehmen, auch seine Meinung abzugeben: „I’m voting out for sure“, verkündet

er stolz. Die Zeit der EU sei vorüber, das wisse doch jeder und man müsse das sinkende Schiff so schnell wie möglich verlassen.

Die Zeit der EU sei vorüber, das wisse doch jeder.

Mai 2016: Ein guter Freund erklärt mir, dass er 100 Prozent für den Verbleib Großbritanniens in der EU ist. Ich atme erleichtert auf. Es ist mir schon zu oft passiert, dass sich britische Freunde im persönlichen Gespräch als vollkommen gleichgültig gegenüber der europäischen Idee entpuppt haben. Er jedoch nicht. Er ist Student, er hat sein *Erasmus*-Semester noch vor sich, er möchte in Europa arbeiten. Trotzdem hat er nicht vor, wählen zu gehen. Mit britischen Politikern habe er sich nie identifizieren können, er will sich so weit wie möglich vom politischen System distanzieren. Keiner in seiner Familie geht wählen. Denn alle wüssten, dass die EU nicht den Kern des Problems darstellt und lediglich ein Sündenbock sei, um über die verpfuschte Politik der letzten Jahre hinwegzutäuschen. Deshalb wolle man gar nicht erst darüber abstimmen.

Juni 2016, wieder im *Zeitgeist*: Eine indische Freundin hat sich gerade zum Wählen registriert und verkündet stolz, dass sie für den Verbleib in der EU stimmen werde. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass sie damit im Vergleich zu anderen Indern in der klaren Minderheit ist. „Als Inderin in England wurde ich mein gesamtes

Leben lang diskriminiert, ich habe nie die Jobs gekriegt, die ich wollte, und immer weniger Gehalt als meine männlichen, weißen Kollegen. Viele in meinem Bekanntenkreis denken, dass sie mit weniger Europäern in London vielleicht endlich die Jobs bekommen, für die sie jahrelang gekämpft haben.“ Die Umfrage auf der *Economist*-Website zeigt die Brexit-Befürworter zum ersten Mal vorn.

Die morgendlichen Pendler sind bestens gelaunt, viele haben bereits ihre Stimme abgegeben.

23. Juni 2016, 7:30 Uhr: Ich stehe früh morgens auf der *Waterloo Bridge* und verteile im strömenden Regen “I’m in”-Sticker. Der Regionalleiter der In-Kampagne glaubt, dass die Überschwemmungen im Süden die Wahlbeteiligung massiv senken werden. Es seien vor allem Remain-Wähler, die den Wahlurnen dann fernblieben. Die morgendlichen Pendler sind



↑ *Das erste Stück aus der EU-Torte ist abgeschmitten. Stellt sich nur die Frage, ob es auch schmeckt.*

allerdings bestens gelaunt, viele haben bereits ihre Stimme abgegeben. Stolz marschieren sie (und auch ich) mit den Aufklebern an der Brust zur Arbeit. “I’m out” höre ich von nicht einmal 10 Prozent der Passanten. Ich bin optimistisch, zum ersten Mal seit langem.

24. Juni 2016, 0:30 Uhr: Abends dann der Schock. Im blau-gelb dekorierten Wohnzimmer derjenigen Freundin, die schon im Februar ihren persönlichen Brexit verkündet hatte, stehen

die bunt gemischten Gäste der Hausparty vor dem Laptop und folgen den Auszählungen. Es ist sogar jemand von BBC da – ursprünglich, um die Partystimmung auf unserer „EU-Party“ festzuhalten. Die Kamera fängt allerdings relativ geschockte Gesichter ein, als sich herauskristallisiert, dass „Remain“ in den ersten Regionen weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.

24. Juni 2015, 5:40 Uhr: Der Großteil der Partygäste liegt schlaflos im Bett. Per *Whatsapp* erreicht mich eine Nachricht: „Remain kann nicht mehr gewinnen. Haben sie grad auf BBC gesagt! Ich weiß nicht, wie ich jetzt schlafen soll.“

Den mit den Farben der EU-Flagge verzierten Kuchen rührt niemand an.

24. Juni 2016, 11:30 Uhr: Katerstimmung im Büro. Auch hier wurde die geplante Referendums-Feier abgesagt. Viele tragen schwarz. Den mit den Farben der EU-Flagge verzierten Kuchen rührt niemand an, einzig ein kleines Stückchen hat jemand herausgeschnitten. Später am Nachmittag trifft eine E-Mail vom Chef ein, er scheint ähnlich ratlos wie seine Belegschaft: „Derzeit gibt es keine Klarheit darüber, was dies für bestehende und künftige Mitarbeiter bedeutet.“ Wie es weiter gehe, wisse niemand. Dass diese vollkommene Ungewissheit in den kommenden Tagen und Wochen zum Nationalgefühl im Post-Brexit-Großbritannien avancieren wird, zeichnet sich schon in den frühen Morgenstunden vom 24. Juni ab.

29. Juni 2016: Ich komme zur Arbeit und überhöre das Telefongespräch eines nichteuropäischen Kollegen, der mit einer Osteuropäerin verheiratet ist: „Es ist verrückt. Wir fühlen uns hier nicht mehr zu Hause ... diskriminiert ... Die Menschen, mit denen wir sprechen, sind unter Schock. Wir haben schließlich die produktivste Zeit unseres Lebens in dieses Land investiert. Nun gut, ich habe keine Lust mehr, deprimiert zu sein. Wie kann ich Ihnen helfen?“ Der Kollege und seine Frau hatten gerade in ein gemeinsames Haus investiert.

Ich vermissе das London von vor zwei Wochen, als wir alle gespannt auf den Ausgang der Volksabstimmung warteten.

Anfang Juli 2016: Welche Konsequenzen hat Brexit denn nun für mich? Ich bin mittlerweile nach Berlin „geflüchtet“, während sich auf der Insel die Hiobsbotschaften weiter häufen. Ich vermissе das London von vor zwei Wochen, als wir alle gespannt auf den Ausgang der Volksabstimmung warteten. Ich vermissе auch meine Freunde, die wahrscheinlich gerade ohne mich in unserer Stammkneipe in Lambeth sitzen, wo drei Viertel für den Verbleib in der EU gestimmt haben. Aber so richtig Lust auf den Rückflug habe ich nicht. ←

„Das kann nicht passiert sein“

von Juliane Sarnes

Seit beinahe acht Jahren lebe ich im Vereinigten Königreich. Ich füttere mit meinen Steuern die heilige Kuh des britischen Gesundheitssystems, bekämpfe ehrenamtlich Altersarmut in London. Um mich besser zu integrieren, habe ich meinen Teekonsum über das Normalmaß ausgeweitet. Auf die Nachricht, die Briten hätten sich mehrheitlich gegen den Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen, reagiere ich, wie wohl jede halbwegs vernünftige EU-Migrantin: Ich stelle mich tot. Das kann nicht passiert sein.

Ich habe Urlaub. Der Wetterbericht verspricht für die englische Südküste schönsten Inselsummerwetter: Platzregen mit Sonneninterludium. Marvelous! Gestern noch habe ich beim Spaziergang durch Hastings anerkennend die „Remain“-Plakate in den Fenstern des Provinzstädtchens gezählt. Ich belächelte die spärlichen, dafür aber in roter Signalfarbe leuchtenden „Vote Leave“-Poster und entwickelte mütterliche Gefühle für den jungen Studenten, der in der Einkaufsstraße seine Mitmenschen über die Vorzüge der EU-Mitgliedschaft aufklärte. Nach den Ergebnissen der ersten Hochrechnungen am Abend ging ich beflügelt schlafen. Ich war mir sicher: Die Briten sind kritisch, aber pragmatisch. Natürlich bleiben sie. Doch Totstellen hilft nichts. Tatsache ist: Die Mehrzahl meiner britischen Mitbürger will aus der EU raus. In Hastings stimmten knapp 55 Prozent der Einwohner mit „Leave“. Das Wahlergebnis schockiert mich. Wie ein Teenager, der von seiner ersten großen Liebe sitzengelassen wurde, fühle ich mich erst ungläubig, dann verletzt. Als meine Stimmung ins „Warte nur Freundchen, das wird dir noch leidtun!“ umzukippen droht, verlasse ich das Haus. Ich brauche einen Beruhigungs ... Tee, pah! – Protestkaffee! In den Straßen jubelt niemand. Man geht nicht einmal beschwingter als sonst.

Auf den ersten Blick präsentiert sich das kaum zwei Stunden von London entfernte Hastings in sorglosem Wiesengrün und Seebau, garniert mit segelnden Möwen und schick angezogenen Hauptstädtern. Bei genauerer Betrachtung fällt allerdings ein gewisser Leerstand auf, der selbst vor den hübschen Sträßchen der Altstadt nicht Halt macht. Ich verschanze mich in einem Café und bestelle doch wieder Tee. Eine kurze Google-Suche später weiß ich, dass das Ziel meines Wochenendausflugs zu den ärmsten Regionen Englands zählt. Hier leben hinter der idyllischen Fassade der Küstenstädtchen fast zwei Drittel aller Kinder in Armut. Die Gesundheitsversorgung ist unterdurchschnittlich, die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung auch. Dafür liegt die Arbeitslosigkeit weit darüber. Dass man da irgendwann nur noch raus will, scheint mir nicht verwunderlich. Raus aus dem Elend, raus aus der Abwärtsspirale. Und das einzig greifbare, das einzige von den Eliten zur Wahl gestellte „Raus“, war eben das „Raus“ aus der EU.

Kaum fünf Jahre ist es her, da zogen jene, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlten, plündernd und brandschatzend durch die Londoner City. Auch in Hastings kam es 2011 zu Kravallen. Mit Furcht und Verachtung beobachtete man die Zerstörungen, schlug die Ausschreitungen mit staatlicher Gewalt nieder. Doch das Verlangen, die systemischen Ursachen zu verstehen, geschweige denn zu beheben, hielt sich in Grenzen. Einfacher war es, gebetsmühlenhaft zu wiederholen, die Randalierer seien nicht politisch motiviert gewesen, sondern das Produkt einer widerwärtigen Neidkultur, die vorwiegend in der „Unterschicht“ grassiere. Das Ergebnis des Referendums ist aus meiner Sicht weniger eine Absage an die Grundwerte des geeinten Europas, als ein Aufschrei gegen die Missstände des rigiden britischen Klassensystems. Es mag eine Antwort auf eine Frage sein, die so nicht gestellt wurde, aber es ist eine ernstzunehmende politische Meinungsäußerung. So gern wir entsetzten Kontinentaleuropäer, Hauptstädter, Schotten oder Nordiren uns dies auch einreden mögen, es haben nicht nur semi-senile Rollatorfahrer für den Brexit gestimmt. Der Ruf, der jetzt wie Donnerhall in unseren europäischen Ohren braust, ist die Stimme derer, die sonst geffentlich marginalisiert und überhört werden.

Das Ergebnis des Referendums ist ein Aufschrei gegen die Missstände des rigiden britischen Klassensystems.

Ich kippe den Rest meines Tees in einen recycelten Pappbecher und gehe zum Strand hinunter. Der Himmel hat sich eingetrübt. Ein neuerlicher Platzregen droht. Nur ein paar Angler trotzen mit englischer Gelassenheit Wind und Wellen. Ob die wohl auch für den Austritt gestimmt haben? Vielen, die sich beim Referendum aus der apolitischen Ohnmacht zur Opposition erhoben haben, schlackern nun unter der ungewohnten Last der politischen Mitverantwortung die Knie. Bei anderen brechen sich, beflügelt vom ungewohnten Gefühl auf der Siegerseite zu stehen, niederste Instinkte Bahn. Die Meldungen über Hasskriminalität und rassistisch motivierte Übergriffe, vor allem auf Polen, aber auch auf Muslime, häufen sich. Beginnt mit dem Brexit nicht nur ein politischer und wirtschaftlicher Abstieg, sondern auch ein unaufhaltsamer Aufstieg menschenverachtender Gesinnungen? Bleibt zu hoffen, dass dieser Anblick aufrüttelt, abschreckt und in den restlichen EU-Mitgliedstaaten eine vergleichbare Selbstzerstörungswut verhindert. „Kein guter Tag heute“, bemerkt einer der Fischer als die ersten Tropfen fallen und ergreift seinen fast leeren Eimer. Ich stimme schweigend zu und schaue auf das Meer hinaus. In die Richtung, in der ich Frankreich vermute. ←

An den BürgerInnen vorbei geTTIPpt

von Niklas Kossow

Im Oktober 2015 gingen fast 250 000 Menschen in Berlin auf die Straße, die größte Demonstration seit der Wiedervereinigung. Sie richtete sich gegen das *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP), das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Die Menschen trauen denen nicht mehr, die das Abkommen für sie in Brüssel verhandeln.

Das Misstrauen zwischen der Bevölkerung und den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten scheint heute größer denn je. Seit 1973 erfasst das Eurobarometer, u. a. wie sich die Europäer fühlen und ihre Einstellungen zu den öffentlichen Institutionen. In den vergangenen Jahren fiel ein Trend dabei besonders auf: Das Vertrauen in öffentliche Institutionen nimmt ab.

Oft wird dies mit der wirtschaftlichen Situation in den EU-Ländern in Zusammenhang gebracht. Doch vertrauen die BürgerInnen ihren staatlichen Institutionen wirklich mehr, wenn es ihnen wirtschaftlich besser geht? In der Tat ging das Vertrauen in Institutionen in Ländern, die schwer von den vergangenen Wirtschaftskrisen getroffen wurden, besonders stark zurück. Ein EU-Bericht von 2016 zeigt: Noch wichtiger als die wirtschaftliche Situation scheint die Integrität und Qualität öffentlicher Institutionen. Was aber sind gut funktionierende Institutionen? Parlamente, welche die Meinungen der BürgerInnen ernst nehmen und gewissenhaft vertreten; ein öffentlicher Dienst, der effizient arbeitet und weder Nepotismus noch Bestechung zulässt; eine Regierung, die transparent und verantwortungsbewusst arbeitet. In vielen Ländern sind solche Institutionen noch immer nicht selbstverständlich. Gleichzeitig hat das Europäische Parlament noch immer zu wenig Einfluss, die EU-Kommission in Brüssel ist zu weit weg von den BürgerInnen.

TTIP macht dies besonders deutlich. Obwohl das Abkommen zum Großteil technische Fragen und Industrienormen behandelt, ist die Ablehnung in der Bevölkerung in den meisten EU-Staaten groß – so groß, dass bereits von einem möglichen Scheitern der Partnerschaft gesprochen wird. Abgesehen von den berechtigten Debatten über Kosten und Nutzen von TTIP gibt es einige Anzeichen, dass viel Kritik und Ablehnung hätte vermieden werden können, wenn der Verhandlungsprozess anders gestaltet worden wäre. In den Verhandlungen der EU mit den USA zeigte sich ein grundlegendes Problem. Die BürgerInnen vertrauen nicht darauf, dass in Brüssel in ihrem Interesse verhandelt wird. Die Reaktion der Kommission auf das mangelnde Vertrauen war dabei maximal kontraproduktiv. Dokumente zum Verhandlungsstand wurden geheim gehalten und erst auf Druck der Zivilgesellschaft und der nationalen Parlamente verfügbar gemacht. Allerdings nicht der Bevölkerung, sondern nur den

Parlamentariern, die später dem Abkommen zustimmen sollen. Erst als *Greenpeace* geleakte Dokumente PR-wirksam präsentierte, konnte endlich jeder nachlesen, worüber genau bei den TTIP-Verhandlungen diskutiert wird.

Die geleakten Dokumente machten klar, wie weit die USA und die EU von einer Einigung entfernt sind. Auch die streitbaren Punkte des Abkommens wirkten plötzlich relativ übersichtlich. Die Geheimniskrämerei um die Verhandlungen hat daher nicht nur der Kommission selbst, sondern auch dem Image der EU geschadet. Die EU wirkte schon wieder so, als ob sie weit weg und möglicherweise gegen ihre BürgerInnen regiert.

Die EU wirkte schon wieder so, als ob sie weit weg und möglicherweise gegen ihre BürgerInnen regiert.

In den wirtschaftlich schwierigen Zeiten der vergangenen Jahre trat das zum Vorschein, was oft als Mangel an „Input-Legitimität“ der EU bezeichnet wird. Der EU fehlt es an Legitimität, die sich aus der Partizipation der BürgerInnen speist. Institutionen werden als legitim wahrgenommen, wenn BürgerInnen an ihrer Ausgestaltung teilhaben können. In der politischen Theorie kann, vereinfacht gesprochen, mangelnde Input-Legitimität zumindest teilweise durch eine sogenannte „Output-Legitimität“ kompensiert werden: Profitieren die Menschen vom politischen System, ist ihnen mangelnde Partizipation meistens weniger wichtig. Durch die andauernde Krise und Verlustängste scheint dies jedoch nur teilweise eine Lösung zu sein. Falls die EU und die nationalen Institutionen das verlorene Vertrauen zurückgewinnen wollen, müssen sie sich reformieren. Sie müssen Korruption und Misswirtschaft konsequent bekämpfen und vermeiden, dass BürgerInnen das Gefühl haben, es käme in Europa vor allem darauf an, gut vernetzt zu sein und Einfluss zu haben.

Vor allem aber sollte BürgerInnen eine größere Teilhabe eingeräumt werden. Dafür müssen Institutionen transparenter werden und BürgerInnen früh in Entscheidungsprozesse einbinden. Aber wie? Ausbau der Rechte und des Einflusses des EU-Parlaments? Oder reicht es aus, wenn EU-Politiker sich national stärker engagieren und für die Brüsseler Politik werben? Für Großbritannien kommen mögliche Reformen in jedem Fall zu spät: Die BürgerInnen dort haben der EU bereits endgültig das Vertrauen entzogen. ←





„Ich habe den Friedensprozess quasi als Lokomotive gezogen“

Interview mit der ehemaligen
OSZE-Sondergesandten Heidi Tagliavini

Die Schweizer Spitzendiplomatin Heidi Tagliavini wurde im Juni 2014 vom damaligen OSZE-Vorsitzenden und Schweizer Außenminister Didier Burkhalter zur Sondergesandten der OSZE für die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine ernannt. Ein Jahr später legte sie dieses Amt nieder, nachdem die von ihr moderierte *Trilaterale Kontaktgruppe* das Minsker Protokoll und das Minsker Maßnahmenpaket unterzeichnet hatte und unter ihrer Leitung ein Friedensprozess mit Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ausgearbeitet und lanciert wurde. *ad hoc international* hat mit Heidi Tagliavini gesprochen über den Konflikt, die Rolle der OSZE und Europa.

ad hoc: Frau Tagliavini, warum sollte sich Europa für den Konflikt in der Ost-Ukraine interessieren?

Tagliavini: Den Ukraine Konflikt aus den Augen zu verlieren, wäre gefährlich. Meine Erfahrung aus anderen Konflikten, z. B. aus dem Tschetschenienkrieg in 1995, zeigt, dass ungelöste Konflikte, die aus irgendeinem Grund plötzlich in den Hintergrund geraten, ein großes Potential zur Eskalation haben. Außerdem geht Europa dieser Konflikt ganz direkt an, da er die Sicherheit in Europa gefährdet.

ad hoc: Was ist Ihr persönlicher Bezug zur Ukraine?

Tagliavini: Durch mein Studium der russischen Literatur habe ich verschiedene Schriftsteller der heute unabhängigen Länder der ehemaligen Sowjetunion gelesen, so auch ukrainische, die aber auf Russisch schrieben. Bereits als Studentin war ich in den Siebzigern in der Ukraine und dann 2009/2010 nochmals als Leiterin der OSZE-Wahlbeobachtungsmission. Mitten im

Winter reisten damals fast 1 000 Wahlbeobachter in die Ukraine. So eine Wahlbeobachtung ermöglicht in kurzer Zeit – ich war dort etwa drei Monate – einen sehr guten Zugang zum kulturellen und politischen Geschehen eines Landes.

ad hoc: Zu welchem Zeitpunkt hat die OSZE Sie nach Kiew gerufen?

Tagliavini: Anlässlich des 70-jährigen Gedenkens an die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 2014 schuf Bundeskanzlerin Angela Merkel das sogenannte *Normandie-Quartett* mit dem französischen Staatspräsidenten Hollande, dem russischen Präsidenten Putin und dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko und der Bundeskanzlerin selbst, das eine Lösungssuche im Konflikt ermöglichen und von der OSZE geleitet werden sollte. Daraus entstand quasi über Nacht die *Trilaterale Kontaktgruppe*.

Ungelöste Konflikte, die aus irgendeinem Grund plötzlich in den Hintergrund geraten, haben ein großes Potential zur Eskalation.

ad hoc: Was war Ihre Rolle in der Bewältigung der Krise?

Tagliavini: Manche haben meine Arbeit als Mediation, andere als Moderation bezeichnet. Ich habe mich manchmal als so etwas wie eine Lokomotive gefühlt. Ich habe den Friedensprozess quasi gezogen und versucht, alle zu motivieren, zur Verbindlichkeit anzuhalten, eine Sache bis zum Schluss zu führen. Nicht alle Beteiligten waren gleich motiviert und handlungsorientiert.

ad hoc: Welche Rolle übernahm Deutschland in den Verhandlungen?

Tagliavini: Ein Verdienst von Angela Merkel war sicher, dass sich Russland an der Kontaktgruppe beteiligte, obwohl sich das Land nie als Partei im Ukraine-Konflikt verstand. Sie hatte auch als eine der wenigen westlichen Regierungschefs sehr direkte fachliche Kenntnisse.

ad hoc: Wie verändert der Konflikt die OSZE und die Sicherheitslage in Europa?

Tagliavini: Mit den beiden Instrumenten – der zivilen Beobachtermission und der Trilateralen Kontaktgruppe – erfüllt die OSZE ihr ursprüngliches Mandat zur Einhaltung der Menschenrechte sowie zivilen Rechte und der Sicherheit in Europa auf geradezu ideale Weise. Diese Aufgabe hat die oft zu Unrecht verkannte Regionalorganisation wieder ins Bewusstsein der Menschen gebracht. Denn in der Ukraine geht es um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Gleichzeitig haben die EU und die USA die Federführung der OSZE im Wesentlichen anerkannt. Die OSZE war auch sehr schnell zur Stelle, als der Konflikt ausbrach; das war außerordentlich wichtig. Der schreckliche Flugzeugabsturz im Juli 2014 in dem von Rebellen kontrollierten Gebiet hat dann allerdings die Fronten sehr verhärten. Nach diesem Vorfall begann der Westen, die Sanktionen gegen Russland umzusetzen. Und das hat den Konflikt auf eine neue, lange nicht mehr gekannte Ebene des gegenseitigen Unverständnisses und Misstrauens gehoben.

ad hoc: Was ist Europa eigentlich?

Tagliavini: Das ist eine interessante Frage zum jetzigen Zeitpunkt. Die Länder mit einer sowjetischen Vergangenheit haben eigentlich eine europäische Vergangenheit. Denn der Marxismus, auf den sich die sowjetischen Führer beriefen, ist ja doch etwas sehr

Europäisches. Und über Jahrhunderte war die Geschichte Russlands auf Europa ausgerichtet gewesen. Jeder Russe zitiert Ihnen spielend drei bis vier europäische Schriftsteller, aber das selbe gilt kaum bei der chinesischen, indischen oder iranischen Literatur. Als die Sowjetunion auseinander fiel, entschied die OSZE, dass Europa gemäß der Helsinki-Schlussakte von 1975 von Vancouver bis Wladiwostok reicht. Heute könnte es schwieriger sein, dazu einen Konsens zu finden.

ad hoc: Wie geht es weiter mit dem Konflikt in der Ost-Ukraine?

Tagliavini: Leider wächst das Misstrauen auf beiden Seiten und die Positionen verhärten sich immer mehr; das ist typisch, je länger ein Konflikt dauert. Niemand will den ersten Schritt machen beim Waffenabzug. Da konnten wir bei den OSZE-Verhandlungen noch lange darüber diskutieren, ob die Kontaktlinie jetzt fünf Meter weiter östlich verläuft oder nicht. Nur der Wille zum Frieden kann zur Umsetzung bewegen.

ad hoc: Liebe Frau Tagliavini, ich danke Ihnen für das Gespräch. ←

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:

Hervorgegangen aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSE), die darauf abzielte, Ost und West in Europa zu einem friedlichen und geregelten Miteinander während des Kalten Krieges zu verhelfen. Zu den Aufgaben der OSZE gehören die Sicherung des Friedens und der Wiederaufbau nach Konflikten in ihren 57 Teilnehmerstaaten.

Die OSZE in der Ukraine:

Neben der zivilen Beobachtermission, die versucht, durch Präsenz Spannungen abzubauen und durch tägliche Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beizutragen, ist die Trilaterale Kontaktgruppe (TKG) aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE das zentrale Vermittlungsinstrument. Daneben observierten OSZE-Wahlbeobachtermissionen die seit Ausbruch des Konflikts 2014 stattgefundenen Wahlen in der Ukraine. Zudem existiert eine Beobachtermission auf russischer Seite der russisch-ukrainischen Grenzübergänge Gukovo und Donezk.

Deutscher OSZE-Vorsitz 2016:

Deutschland hat derzeit den OSZE-Vorsitz inne. Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz ist der Bundestagsabgeordnete Gernot Erler.

Interview: Loredana Sorg

Heidi Tagliavini, seit über 30 Jahren im diplomatischen Dienst, war Schweizer Botschafterin und UNO- und OSZE-Sondergesandte. Seit 1995 war sie an leitender Stelle für die UNO und die OSZE in Friedensoperationen in Konfliktgebieten in Nord- und Südkaukasus sowie in der Ukraine tätig. Im Auftrag des EU-Rates verfasste sie nach dem Augustkrieg von 2008 in Georgien den sogenannten Tagliavini-Bericht. Für ihre Friedensarbeit erhielt sie verschiedene Auszeichnungen und Ehrendokortitel. Heidi Tagliavini, 1950 in Basel geboren, ist Mitglied des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes.



← Kiew: Ausstellung russischer Waffen aus der Gefechtszone im Donbass

Ohne die OSZE geht es nicht

von Mirco Günther

Seit dem Beginn der Ukraine-Krise 2014 erlebt die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) eine politische Wiedergeburt. Nach den Balkan-Kriegen der Neunziger Jahre weitgehend in Vergessenheit geraten, ist die Organisation heute zentraler Beobachter und Vermittler im Ostukraine-Konflikt. Mit 57 Teilnehmerstaaten zwischen Vancouver und Wladiwostok ist die OSZE die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation. Sie ist nicht perfekt und weder Ersatz noch Konkurrenz zu EU und NATO. Wie der OSZE-Vorsitz Deutschlands in diesem Jahr aber unterstreicht: Für Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum ist die OSZE unverzichtbar.

Einsatzbereit in 24 Stunden. Als der Beschluss, eine OSZE-Sonderbeobachtungsmision in die Ukraine zu entsenden, am 21. März 2014 in der Wiener Hofburg fiel, traf ein erstes Vorausteam schon am nächsten Tag vor Ort ein. Im fernen Cambridge (Massachusetts) hatte zu diesem Zeitpunkt die *Spring Break* an der *Harvard Kennedy School* begonnen, wo ich zu diesem Zeitpunkt studierte – eine kleine Verschnaufpause, auf die ich mich schon länger gefreut hatte. Kurz darauf saß auch ich im Flieger nach Kiew. Als Mitglied im Expertenpool des *Zentrums für internationale Friedenseinsätze* (ZIF) sollte ich mit einer kleinen multinationalen Beobachtergruppe die Vorbereitungen zur Stationierung einer Mission leiten. Mein Einsatzort: die ostukrainische Millionenstadt Charkiw.

Die Aufgaben in den frühen Monaten der sich zuspitzenden Ukraine-Krise waren vielseitig: Büroräume und lokales Personal finden, außerdem gepanzerte Geländewagen, Funkgeräte, Sicher-

heitswesten und Helme anschaffen. Wir analysierten das Einsatzgebiet und etablierten Kontakte zu Gesprächspartnern auf beiden Seiten des Konflikts. Wöchentlich vergrößerte sich mein Team – im ersten Monat von vier auf 60 Beobachter. Auch nach Donezk und Lugansk wurden viele weitere OSZE-Mitarbeiter entsandt.

Wir analysierten das Einsatzgebiet und etablierten Kontakte zu Gesprächspartnern auf beiden Seiten des Konflikts.

Die Sicherheitslage war prekär, nicht zuletzt für uns zivile Beobachter. Was mit der Krim-Annexion, pro-russischen Demonstrationen und der Besetzung von Verwaltungsgebäuden im Osten begann, entwickelte sich bis zum Sommer 2014 in einen offenen Krieg. Gebannt schaute die deutsche Öffentlichkeit nach Slowjansk als bereits im April Bundeswehr-Soldaten in Geiselschaft gerieten und OSZE-Vermittler an deren Freilassung maßgeblich mitwirkten. Nach der Tragödie um Flug MH17 im Juli herrschte weltweit Fassungslosigkeit. Als OSZE-Beobachter verhandelten wir den sicheren Zugang der internationalen Ermittler zur Unglücksstelle und unterstützten den Transport der Todesopfer aus dem Konfliktgebiet.

Zwei Jahre nach Einsatzbeginn ist aus den je vierköpfigen Beobachterteams in den großen ostukrainischen Städten eine Mission von knapp 800 internationalen und 300 lokalen Mitarbeitern geworden. Die täglichen und wöchentlichen Berichte der Beobachterteams liefern der internationalen Gemeinschaft ausführliche und objektive Informationen zur Lage vor Ort. Sie bilden

↓ Nach massivem Artillerie-Beschuss liegt der Donezker Flughafen in Trümmern.





↑ Mitarbeiter der OSZE-Beobachtungsmission in der Ostukraine.

eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen und unterstützen die Hauptstädte, die Vereinten Nationen (VN), EU und NATO in ihren Bemühungen zur Lösung des Ukraine-Konflikts.

Die Ukraine ist dennoch nicht der einzige Brandherd, der die Organisation derzeit auf Trab hält: Es stehen auch die Konflikte um Bergkarabach, Transnistrien, Abchasien und Südossetien, die Terrorismusbekämpfung, gute Regierungsführung sowie die bessere Umsetzung der Verpflichtungen aller OSZE-Staaten zu Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt.

Dies ist eine volle Agenda für Deutschland, welches 2016 den Vorsitz in der OSZE führt. Unter dem Motto „Dialog erneuern, Vertrauen neu aufbauen, Sicherheit wieder herstellen“ sitzt Außenminister Steinmeier der Organisation in schwierigen Zeiten vor. Zur Umsetzung ihrer Agenda steht der OSZE ein umfassender und oft wenig bekannter Instrumentenkasten zur Verfügung, 17 Feldmissionen im Balkan, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien, starke unabhängige Institutionen zur Förderung von Menschenrechten und demokratischen Institutionen, Medienfreiheit und dem Schutz nationaler Minderheiten in Warschau, Wien und Den Haag, die Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen oder das OSZE-Sekretariat.

Die OSZE ist eine große Familie, welche mit 57 Teilnehmerstaaten aufgrund der Konsensregel nicht immer die schnellste Organisation ist. Ihre operativen Fähigkeiten müssen daher zweifelsohne gestärkt werden. Sind sich die Staaten jedoch, wie im Fall der Ukraine-Mission, einig, dann tragen Beschlüsse der OSZE einen hohen normativen Wert.

Nebst EU und NATO etwas in Vergessenheit geraten, stellte die Ukraine-Krise die OSZE, als einzigen von allen Konfliktparteien als neutral anerkannten Akteur, wieder in den Mittelpunkt: EU und NATO von Russland als befangen betrachtet,

die VN blockiert im Sicherheitsrat. Für eben solche längst vergessen geglaubte Konflikte auf europäischem Boden wird die OSZE benötigt.

Nebst EU und NATO etwas in Vergessenheit geraten, war die OSZE der einzige Akteur in der Ukraine-Krise, der von allen Konfliktparteien als neutral anerkannt wurde.

Für den Dialog auf Augenhöhe mit Russland, für gezielte vertrauensbildende Maßnahmen im politisch-militärischen Bereich braucht es eine Organisation, in der Moskau gleichberechtigtes Mitglied ist. Damit erfüllt die OSZE eine Funktion, welche über die Ukraine-Krise hinausgeht. Als Dialogplattform in der nicht nur die euro-atlantischen Partner, sondern auch alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion an einem Tisch sitzen, bietet sie einen einzigartigen Treffpunkt für Debatten zu Sicherheit und Stabilität in Europa.

Die Arbeit in den ersten sechs Monaten der Ukraine-Mission war selten einfach: Wir überwachten Gefangenenaustausche, besuchten die Notunterkünfte der hunderttausenden Binnenvertriebenen, berichteten zu öffentlichen Kundgebungen und sprachen mit pro-russischen Aktivisten in ukrainischen Hochsicherheitsgefängnissen. Wir erlebten, wie OSZE-Beobachter für mehrere Wochen entführt wurden und wie unsere Patrouillen wiederholt unter direkten und indirekten Beschuss kamen. Dennoch zeigt sich heute trotz der weiter ausstehenden politischen Lösung des Konflikts: Keine andere Organisation hätte europäisches, inklusives Krisenmanagement so leisten können wie die OSZE. Die Arbeit der Beobachter macht einen spürbaren Unterschied vor Ort. Und das ist ein gutes Gefühl. ←



„Die gestiegenen Flüchtlingszahlen sind der neue Normalzustand“

Interview mit dem Fluchtexperten
Prof. Alexander Betts,
 University of Oxford

Die „Flüchtlingskrise“ beherrscht weiterhin die Schlagzeilen in Deutschland und Europa. *ad hoc international* hat mit Alexander Betts gesprochen, Leopold Muller Professor für erzwungene Migration und Internationale Beziehungen am *Refugee Studies Centre in Oxford*, über das Krisenmanagement in der EU und darüber, welche Chancen die Krise bietet, den internationalen Flüchtlingsschutz zu überdenken.

ad hoc: *Die EU-Flüchtlings- und Asylpolitik ist von einer mangelnden Aufteilung der Verantwortung geprägt. Viele Initiativen zur Verteilung dieser Verantwortung unter den Mitgliedsstaaten sind gescheitert, wie zum Beispiel ein EU-weites Verteilungssystem für Flüchtlinge. Sie haben die Bedingungen untersucht, unter denen Staaten Verantwortlichkeiten teilen. Welche davon herrschen in der EU vor und welche fehlen noch?*

Betts: Wollen wir uns mit dem Scheitern, Verpflichtungen aufzuteilen, beschäftigen, brauchen wir zunächst ein Verständnis über die Natur von Flüchtlingspolitik. Global gesehen und auch auf europäischem Niveau gibt es eine Machtasymmetrie zwischen Staaten: Lediglich zehn Staaten nehmen zwei Drittel aller Flüchtlinge weltweit auf. In Europa tragen Grenzstaaten wie Italien und Griechenland die größte Verantwortung; die weiter entfernten Staaten, wie das Vereinigte Königreich, können sich hinter Land oder Wasser verstecken, ihren Teil der Verantwortung auf Nachbarländer abwälzen. Wenn man sich Deutschland anschaut, dann kommt noch ein anderer Faktor hinzu – nämlich die Attraktivität eines Ziellandes.

Heute ist das Problem, dass das gegenwärtige System in Europa zusammengebrochen ist. Wir haben eine größere Zahl von Menschen, die als Asylbewerber hier ankommen. Das Dublin-Modell zur Aufteilung von Verantwortlichkeiten wurde schlecht daran angepasst. Wir müssen vermeiden, dass das Schließen von Grenzen die einzige Form von Verantwortungsaufteilung ist. Die Regierungen müssen erkennen, dass sie besser dran sind, wenn sie gemeinsam statt alleine handeln und sie müssen

zu dem Punkt kommen, an dem sie an gegenseitige Verpflichtungen in und jenseits der Flüchtlingspolitik gebunden sind.

ad hoc: *Als Reaktion auf den Türkei-Deal hagelte es harsche Kritik. Was sind die Konsequenzen einer solchen Vereinbarung in Bezug auf das internationale Flüchtlingsregime?*

Betts: Der EU-Türkei-Deal ist ein Desaster für das globale Flüchtlingsregime. Er ist illegal, undurchführbar und politisch nicht nachhaltig. Dieser „Einer-rein, einer-raus“-Deal beruht auf der Annahme, dass wir syrische Flüchtlinge in die Türkei zurückführen können – ein Land, das die EU als sicheren Drittstaat ansieht, das aber die Kriterien hierfür überhaupt nicht erfüllt. Wir müssen uns fragen, wie es sein kann, dass die EU Visa für 75 Millionen mehrheitlich muslimische Türken ausstellen will und gleichzeitig nicht bereit ist, eine Million Syrer mit erheblich größeren humanitären Bedürfnissen und Ansprüchen aufzunehmen. Das Abkommen ist herausfordernd. Ich erwarte, dass sich der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schrittweise in Luft auflöst. Das Problem ist natürlich, dass sowohl die EU als auch die Türkei so viel politisches Kapital in diese Abmachung investiert haben, sodass sie darum kämpfen werden, ihn anzupassen und ihn funktionsfähig zu machen.

Im Kontext der Globalisierung ist das, was mit Abschottung erreicht werden kann, sehr begrenzt, denn wir leben in einem Zeitalter der Migration.

ad hoc: *Sowohl die EU als auch einzelne Mitgliedsstaaten haben große Anstrengungen unternommen, ihre Grenzen zu sichern, sodass Menschen davon abgehalten werden, in die EU einzureisen. Einmal abgesehen von der tragischen menschlichen Dimension, kann eine solche Politik überhaupt effektiv sein?*

Betts: Im Kontext der Globalisierung ist das, was mit Abschottung erreicht werden kann, sehr begrenzt, denn wir leben in

einem Zeitalter der Migration. Es gibt etwa 250 Millionen Migranten auf der ganzen Welt. Gleichzeitig gibt es zwei Kräfte, die die Welt verändern. Eine davon ist fragile Staatlichkeit. Menschen müssen nicht einmal zwingend unter Verfolgung leiden. In Staaten wie Somalia und der Demokratischen Republik Kongo ist es ohnehin schon sehr schwer für sie, ihr Existenzminimum zu erhalten. Oftmals ist es für diese Menschen der letzte Ausweg, ihr Land zu verlassen. Die zweite Kraft ist Mobilität, ein gestiegenes Bewusstsein der in anderen Ländern vorhandenen Möglichkeiten. Miteinander kombiniert, führen Fragilität und Mobilität dazu, dass verzweifelte und schutzbedürftige Menschen über Grenzen hinweg ziehen. Die gestiegenen Zahlen sind keine Anomalie. Sie sind wahrscheinlich der neue Normalzustand. Wir müssen uns dieser Realität stellen, anstatt anzunehmen, dass wir die Tür einfach zu machen können.

ad hoc: *Es zeichnet sich ein Konsens ab, dass jede effektive politische Maßnahme auch die zugrundeliegenden Fluchtursachen adressieren sollte. Wie erfolgreich sind die gegenwärtigen Ansätze dabei, die Gründe der Vertreibung anzugehen?*

Betts: Die Flüchtlingspolitik ist historisch gesehen vernachlässigt worden, da dieser Bereich voller Herausforderungen steckt. Die einzige Möglichkeit, wie wir grenzüberschreitende Vertreibung verhindern können, ist die Konflikte zu adressieren, die zur Vertreibung führen. Dazu ist politischer Wille und ein funktionierender Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nötig, aber diese Bedingungen sind nicht erfüllt. Wir bemühen uns um die zweitbeste Lösung, nämlich Menschen mit Zufluchtsorten und humanitärer Hilfe zu versorgen, sobald sie ihre Heimatländer verlassen haben.

Wir müssen unser Denken über Flüchtlinge neu strukturieren, ihre Fähigkeiten, Talente und ihre Ambitionen anerkennen. Wir brauchen bessere Daten und menschliche Geschichten, aber auch eine neue Sprache, um eine Politik der Zuflucht zu gestalten.

ad hoc: *Zu oft stellen Politiker Flüchtlingshilfe als Nullsummenspiel dar, bei dem das Wohlbefinden von Flüchtlingen den Bürgern Kosten aufbürdet. Wie können wir aus diesem gedanklichen Muster ausbrechen?*

Betts: Wir müssen unser Denken über Flüchtlinge neu strukturieren, ihre Fähigkeiten, Talente und ihre Ambitionen anerkennen. Wir brauchen bessere Daten und menschliche Geschichten,

aber auch eine neue Sprache, um eine Politik der Zuflucht zu gestalten. Man kann sowohl Flüchtling als auch wirtschaftlicher Mitgestalter in einer Gastgesellschaft sein. Wir haben wichtige Daten in Ostafrika gesammelt, wo wir uns auf die wirtschaftlichen Bedingungen von Flüchtlingen in Uganda konzentrierten. Anders als viele Länder der Welt haben Flüchtlinge dort das Recht zu arbeiten und genießen Freizügigkeit. Wir haben herausgefunden, dass, wenn wir Flüchtlingen die Möglichkeit geben zu arbeiten, sie nicht nur sich selbst helfen, sondern auch ihren Teil zur Gastgesellschaft beitragen. 21 Prozent der Flüchtlinge in der Hauptstadt Kampala führen Unternehmen mit Angestellten; und 40 Prozent dieser Angestellten sind ugandische Staatsangehörige. In anderen Worten: Flüchtlinge schaffen Arbeitsplätze. Und wir sehen zunehmend mehr Untersuchungen, die diese Erkenntnis untermauern.

ad hoc: *Als Direktor des „Humanitarian Innovation Project“ untersuchen Sie die Rolle von Technologie, Innovation und der Privatwirtschaft bei der Flüchtlingshilfe. Können Sie uns einige Beispiele nennen, die die Innovationskraft von Flüchtlingsgemeinschaften illustrieren?*

Betts: In einem vor Kurzem veröffentlichten Bericht namens *Refugee Innovation* haben wir uns Beispiele eigener Erfindungen von Flüchtlingen aus Uganda, Kenia, Südafrika, Jordanien und den Vereinigten Staaten angeschaut. Wir fanden Beispiele von somalischen Flüchtlingen, die das Haupttransportsystem betreiben, welches die Flüchtlingslager mit der Hauptstadt verbinden. Im Za'atari Flüchtlingscamp in Jordanien sahen wir Beispiele von Containern und Zelten, ursprünglich bereitgestellt von den Vereinten Nationen, die später zu Möbeln und Ladenfronten umfunktioniert wurden. Immer wenn Dinge institutionell bereitgestellt werden, werden diese von den Flüchtlingen angepasst und verändert, sodass sie den Bedürfnissen der Gemeinschaft dienen. Dabei werden Wohnstrukturen in Geschäftsstrukturen umgewandelt. Diese Beispiele sollten uns inspirieren, unser Flüchtlingshilfemodell zu ändern – von einem, das auf institutioneller Bereitstellung beruht, in eines, das auf eine Selbstermächtigung der Flüchtlinge abzielt.

ad hoc: *Professor Betts, wir danken Ihnen für das Gespräch. ←*

Interview: Marcia C. Schenck

→ *Ankunft eines Bootes mit Flüchtlingen auf der griechischen Insel Lesbos.*



Das Märchen vom besseren Grenzschutz

von Laura Timm

„Paris ändert alles. Wir dürfen keine illegale und unkontrollierte Zuwanderung zulassen“, verkündete CSU-Politiker Markus Söder nach den Attentaten vom 13. November 2015 auf *Twitter*. Nahezu alle konservativen Parteien in Europa forderten im vergangenen Jahr ein Ende der Politik der „offenen Grenzen“. Sie beriefen sich dabei auf die Tatsache, dass viele Menschen aus muslimischen Ländern zur gleichen Zeit nach Europa kamen, als die Zahl der terroristischen Anschläge zunahm. Dass ein Großteil der radikal-islamistischen Täter EU-Bürger sind, scheint bei aller dramatischen Rhetorik und allem politischen Aktionismus so nebensächlich wie die Tatsache, dass die meisten Geflüchteten gerade aus Furcht vor solchen Terroristen nach Europa kamen.

Die neue Verordnung zur Schaffung einer Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, die im Juli vom Europaparlament verabschiedet wurde, ist eine direkte Antwort auf diese Forderung nach einer Abriegelung der europäischen Außengrenzen. Im Schnellverfahren wurde die „Frontex-Reform“, die nicht nur eine Umbenennung der unbeliebten *europäischen Grenzschutzagentur* (nun: *Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache*), sondern vor allem die Erweiterung ihres Mandats vorsieht, durch die EU-Institutionen getrieben. Zwar wurde aufgrund von Souveränitätsbedenken darauf verzichtet, der Grenzschutzbehörde mit Sitz in Warschau die Befugnis zu erteilen, auch gegen den Willen eines Mitgliedstaats auf dessen Staatsgebiet aktiv zu werden. Die neue Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache wird aber künftig in der Lage sein, erheblichen Druck auf Mitgliedstaaten auszuüben. So könnte sie die Staaten zu größeren Anstrengungen im Bereich des Grenzschutzes und zur Duldung eines Einsatzes auf ihrem Staatsgebiet verpflichten.

Im Schnellverfahren wurde die „Frontex-Reform“ durch die EU-Institutionen getrieben.

Die Urheber der Verordnung hatten dabei insbesondere Griechenland im Blick, über dessen Inseln seit Anfang 2015 über eine Million Geflüchtete in die EU gelangten: „Wenn die Regierung in Athen nicht endlich mehr für die Sicherung der

Außengrenzen unternimmt, dann wird man auch über den vorübergehenden Ausschluss Griechenlands aus dem Schengenraum offen diskutieren müssen“, drohte etwa im Januar die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner.

Griechenland wird jedoch auch mit massiver personeller und technischer Unterstützung durch die europäische Grenzschutzagentur nicht in der Lage sein, seine über 1 000 Kilometer lange maritime Grenze mit ihren über 3 000 Inseln komplett zu überwachen. Allein die Annahme, die griechisch-türkische Grenze könne mit völkerrechtlich zulässigen und humanitär akzeptablen Mitteln abriegelt werden, ist bereits ein Trugschluss. Die griechische Küstenwache ist nicht nur moralisch, sondern auch nach internationalem Seerecht dazu verpflichtet, Menschen in Seenot zu retten. Die auf wenig seetauglichen Booten aus der Türkei kommenden Menschen an Bord zu nehmen und an Land zu bringen, ist daher ihre Pflicht. Das pauschale Abschieben aller ankommenden Geflüchteten ist für die griechischen Behörden schlicht nicht möglich. Nach internationalem und europäischem Recht muss jedem Geflüchteten, der in der EU einen Asylantrag stellen will, hierzu auch Gelegenheit gegeben werden. Dies wäre auch bei einem Einsatz der neuen europäischen Grenzschutzagentur nicht anders.

Allein die Annahme, die griechisch-türkische Grenze könne mit völkerrechtlich zulässigen und humanitär akzeptablen Mitteln abriegelt werden, ist bereits ein Trugschluss.

Die geforderte Abriegelung der EU-Außengrenzen lässt sich nur durch eine Auslagerung des Grenzschutzes auf Drittstaaten realisieren. Die EU setzt daher im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik bereits seit Jahren auf Abkommen mit Ländern wie Marokko und Libyen, um die Menschen bereits dort davon abzuhalten, in ein Boot nach Europa zu steigen. Seit diesem Jahr spielt auch die Türkei Türsteher für die EU. Um ihr Konzept der „Externalisierung“ des Grenzschutzes weiter voranzutreiben, erhält die europäische Grenzschutzagentur mit der neuen Verordnung nun auch die Befugnis, die EU-Außengrenze im außer-europäischen Ausland zu kontrollieren – falls es ein Abkommen mit dem entsprechenden Drittstaat gibt.

↑ Zurückgelassene Schlauchboote und Schwimmwesten in Skala Sikamineas im Norden der griechischen Insel Lesbos. Im Hintergrund die türkische Küste.

Auch hier offenbart sich, dass Europa in erster Linie einer Solidaritätskrise gegenüber steht – und weniger der viel beschworenen Flüchtlingskrise.

Mit der humanitären Verpflichtung zum internationalen Flüchtlingsschutz lässt sich diese menschenrechtswidrige Politik nur schwer in Einklang bringen. Dabei ist eine stärkere Harmonisierung des europäischen Grenzschutzes durchaus wünschenswert. Insbesondere die Defizite bei der Registrierung der auf den griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass einsatzbereite Kontingente von Grenzschützern notwendig sind, welche in akuten Belastungssituationen auf Anforderung eines Mitgliedstaats entsandt werden können. Eine Ausstattung der europäischen Grenzschutzagentur mit eigenem Personal sieht die neue Verordnung jedoch nicht vor. Ihre Einsatzfähigkeit hängt damit weiterhin von den Mitgliedstaaten ab, die entsprechendes Personal in einem Reservepool zur Verfügung stellen sollen – auch wenn dies bereits in der Vergangenheit zu Problemen führte. Als Griechenland die europäische Grenzschutzagentur *Frontex* 2015 aus absoluter Überforderung heraus um mindestens 1 500 europäische Grenzschutzbeamte bat, bekam es lediglich



↑ *Afghanische Flüchtlinge warten im „Hotspot“ Moria auf ihre Registrierung.*

einen Bruchteil der angeforderten Beamten von den anderen Mitgliedstaaten gestellt. Auch hier offenbart sich, dass Europa in erster Linie einer Solidaritätskrise gegenüber steht – und weniger der viel beschworenen Flüchtlingskrise.

Auch die dringend notwendige Erweiterung des Mandats der europäischen Grenzschutzagentur um die Seenotrettung von Flüchtlingen ist von der Reform nicht abgedeckt. Und das, obwohl 2016 bereits in der ersten Jahreshälfte ca. 3 000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind – mehr als je zuvor. Stattdessen soll die Grenzschutzagentur vermehrt Abschiebungen durchführen. Dass sich die Mitgliedstaaten nur bei repressiven Maßnahmen wie Grenzschutz und Rückführung auf eine gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik einigen können und grundsätzlich Sicherheitsbedenken vor ihre humanitären Verpflichtungen stellen, ist nicht hinnehmbar. Eine Harmonisierung des Grenzschutzes sollte einhergehen mit einer Angleichung der Asylstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten, einer Reform der Dublin-Verordnung und einer Ausweitung legaler Fluchtwege nach Europa, beispielsweise über eine liberalere Visapolitik. Allein auf eine Abschottung zu setzen, löst weder – wie von Innenminister Thomas de Maizière im Juli 2016 behauptet – die so bezeichnete Flüchtlingskrise, die dadurch lediglich auf Drittstaaten abgewälzt wird, noch führt es zu einer Stärkung der sich von Krise zu Krise hangelnden EU, die sich einmal als Union der Menschenrechte und Solidarität verstand. ←



← *Fast alle Geflüchteten, die in Moria ankommen, stammen aus dem Nahen Osten.*

Unterstützen Sie das SINGA Projektkolleg

Die Mitglieder des *nefia*-Netzwerks haben sich entschieden: Die *nefia*-Spendenaktion 2016 findet zugunsten von SINGA Deutschland statt, ein gemeinnütziges Unternehmen, das Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zusammenbringt. Passend zum *nefia*-Jahresthema 2016 konnten sich im vergangenen Juni Projekte bewerben, die sich dem Thema „Zukunftsfähiges Europa“ widmen und somit zum Zusammenhalt der Union beitragen. Als Gewinnerprojekt präsentiert sich SINGA hier in der *ad hoc international* erstmal allen Lesern und ruft zur Spende auf.

Ein eigener Musikladen, Engagements in mehreren Bands, Produktionen für die Oper – Nabil Arbaain stand am Beginn einer vielversprechenden Musiker- und Produzentenkarriere, als er im vergangenen Jahr die syrische Hauptstadt Damaskus verlassen musste. Auch seine reiche Oud-Sammlung musste er zurücklassen. Sein musikalisches Können hingegen hat er glücklicherweise im Kopf und in den Fingern. Das hat er auch schon früher dazu eingesetzt, andere Musiker bei ihren ersten Schritten in die Professionalisierung zu unterstützen. An seinem neuen Wohnort Berlin möchte er deshalb in einem Projektvorhaben nicht nur die eigene Karriere in Deutschland anschieben, sondern anderen geflüchteten MusikerInnen eine Plattform schaffen, ihre Kunst zu präsentieren und weiter zu entwickeln. Dabei geht es vor allem um die Begegnung mit einheimischen MusikerInnen. Auf der einen Seite kann MusikerInnen ohne Zugang zu Instrumenten, Ressourcen und Netzwerken so eine Perspektive geboten werden. Auf der anderen Seite möchte Nabil ein positiveres Bild von Geflüchteten in Berlin zeichnen und zeigen, dass sie kreative Beiträge zur lokalen Gesellschaft leisten und keine Belastung sind. Das Projekt soll dafür den Rahmen bzw. das „Zelt“ schaffen, wie er sagt. „Das Zelt“ (Al-Khaimeh) ist deswegen auch dessen Titel.

Wir von SINGA werden Nabil Alarbaain in unser Projektkolleg aufnehmen, das Anfang 2017 starten wird. Das Kolleg hat zum Ziel, TeilnehmerInnen wie Nabil bei der Umsetzung einer eigenen Projektidee zu unterstützen und deren gemeinschaftliche Gestaltung mit Einheimischen zu fördern.

Ehemalige UnternehmerInnen, Menschen mit schlichtweg guten Ideen, welche die Gesellschaft voranbringen oder mit künstlerischem Talent, das die nötige Bühne braucht, werden mit den richtigen Anlaufstellen und ExpertInnen zusammen gebracht, um ihr Projekt zur Selbstständigkeit zu verhelfen. Die TeilnehmerInnen werden mit MentorInnen und potentiellen ProjektpartnerInnen verknüpft und erhalten Zugang zu individueller Beratung und Karrieretrainings. Zusammen mit unseren Partnern aus Wohlfahrt und Wirtschaft arbeiten wir darauf hin, nachhaltige Projektpläne zu entwickeln, Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten aufzubauen, sowie die Projekte einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die intensive Begleitung eines Projektes über sechs Monate kostet rund 3 000 Euro. Wir freuen uns sehr, wenn Sie uns dabei unterstützen.

nefia sammelt bis 26. Dezember 2016 Spenden für ein Projekt von SINGA Deutschland. Die eingegangenen Spenden werden im Anschluss vollständig an SINGA Deutschland weitergeleitet.

Bei Angabe von Name und Adresse im Betreff der Überweisung wird ab einem Betrag von 200 Euro automatisch eine Spendenbescheinigung ausgestellt. Spendenbescheinigungen für Beträge unter 200 Euro können auf Anfrage ausgestellt werden.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende an:

Netzwerk für internationale Aufgaben

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam

IBAN: DE67 1605 0000 3637 0217 21

BIC: WELADED1PMB

Betreff: Spende SINGA Projektkolleg

Ansprechpartnerin des Projektkollegs bei SINGA:

Luisa Seiler luisa@singa-deutschland.de

Koordinatorinnen der Spendenaktion bei *nefia*:

Sarah Bidoli: sarah.bidoli@nefia.org

Christina Hübers christina.huebers@nefia.org

SINGA Deutschland:

ein gemeinnütziges Unternehmen mit Sitz in Berlin. Gegründet wurde SINGA erstmals 2012 in Paris. Die Organisation bringt Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zusammen und bietet ihnen einen Rahmen für die Verwirklichung gemeinsam gestalteter Projekte und Aktivitäten. In den vergangenen Jahren hat SINGA Instrumente entwickelt, um die Gesellschaft – Zivilgesellschaft sowie Partner des öffentlichen Dienstes und des Privatsektors – in die Arbeit mit Geflüchteten einzubinden. Darauf aufbauend entwickeln wir gemeinsam mit den Beteiligten konkrete Programme, die es ihnen ermöglichen, mit ihren vielfältigen Talenten und Kompetenzen zu einer inklusiven Gesellschaft beizutragen. Dazu gehören soziale und kulturelle Formate, Sprachaustausch und berufliches Mentoring.

Weitere Eindrücke: www.singa-deutschland.de und www.facebook.com/singadeutschland.





↑ Juni 2016: Das nefia-Ehemaligentreffen fand dieses Jahr in Hamburg statt. Auf dem Programm stand unter anderem ein Besuch bei den Airbus-Werken. Organisiert wurde das Wochenende vom Jahrgang 2013/14.

Impressum

ad hoc international

Zeitschrift des Netzwerks für internationale Aufgaben – Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V. (*nefia*), Heft 15, September 2016; ISSN-Print: 2198-4883, ISSN-Online: 2198-4891

Herausgeber: Netzwerk für internationale Aufgaben – Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V.



nefia ist der Alumniverein für die Absolventen des Mercator Kollegs und des früheren Stiftungskollegs für internationale Aufgaben, um nach der Zeit im Kolleg in Kontakt zu bleiben und berufliche Netzwerke zu pflegen. Darüber hinaus mischen wir uns mit Veranstaltungen und Publikationen in global relevante Themen ein und unterstützen die aktuellen Stipendiatinnen und Stipendiaten bei der Planung und Durchführung ihrer Projektvorhaben.

Redaktion: Julia Harrer (Chefredaktion), Waleria Schüle (Chefredaktion), Sarah Bidoli (Prozessbegleitung und Endredaktion), Julius Wolz (Redaktion, Bildredaktion, Prozessbegleitung), Janina Grabs (Redaktion, Bildredaktion), Nina Bernarding, Lisa Brahms, Silvia Danielak, Dr. Christian Friebe, Sebastian Horn, Loredana Sorg.

Redaktionsanschrift: *nefia* e. V., Neue Promenade 6, 10178 Berlin, Telefon +49 (0)30 288 733 97, Fax +49 (0)28 873 398, Kontakt: info@nefia.org, www.nefia.org

Bildnachweis: Ungermeyer (Cover), User:Lodewijk Gelauff/Flickr (Seite 4 oben links), User:Alisdare Hickson/Flickr (Seite 4 unten rechts), shakzu/iStock (Seite 5 oben links), Dederik Schopf (Seite 6 unten), Dederik Schopf (Seite 7), Laura Scheske (Seite 8 unten), Laura Timm (Seite 9 links), Laura Timm (Seite 9 rechts), Ivan Kravchenko (Seite 10 unten), Hariyadi Soemantri (Seite 11 unten), Nicola Ferrari/iStock (Seite 12), photothek.net (Seite 13), Sarah Bidoli (Seite 14 und 15), Victor Hugo/Musée national d'histoire et d'art, Luxemburg (Zeichnung „Schengen 13 7bre 1871“ Seite 15), AVAAZ (Seite 16), Tim Cholibois (Seite 17), Juliane Sarnes (Seite 18), Daniel Müller/Greenpeace (Seite 19), User:modo_protégido/Flickr (Seite 20), anmbph/iStock (Seite 21), Mrakor/Adobe Stock (Seite 22), OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine/Flickr (Seite 23), Marcia C. Schenck (Seite 24), Laura Timm (Seite 25), Laura Timm (Seite 26), Laura Timm (Seite 27 links), Laura Timm (Seite 27 rechts), SINGA Deutschland (Seite 28), *nefia* (Seite 29).

Bezugsmöglichkeiten: Erscheinungsweise: jährlich, kostenlos, zzgl. Portokosten bei Versand ins Ausland, Erscheinungsform: online und print; Printauflage: 1 500 Exemplare, Anfragen an info@nefia.org

Idee: Ines Wolfslast

Gestaltung: Ungermeyer, grafische Angelegenheiten

Druck: Möller Druck und Verlag GmbH

Danksagung: Diese Publikation wurde vom Mercator Program Center für International Affairs und Stiftung Mercator Schweiz gefördert.

Die Beiträge spiegeln die persönliche Meinung der AutorInnen wider.

Europa bedeutet ...

„Erkunden ohne Grenzen.“

Umberto aus Italien

**„eine wunderbare Gemeinschaft von Menschen und Gebieten,
die aber noch dabei ist, ihren Weg zu finden.“**

Marie aus Frankreich

**„der beste Kontinent für ein modernes menschliches Wesen –
der beste in Bezug auf Entwicklung, soziale
Sicherheit, Gleichberechtigung, kulturelles Erbe,
Unterschiedlichkeit und Kooperation.“**

Ramojus aus Litauen

„eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames Schicksal.“

Matteo aus Finnland

„in Frieden zusammenleben.“

Cathal aus Irland

equality
conceptbure
easy
better
conflict
appreciating

Noch nicht genug gelesen? Mehr *ad hoc* in unserem Archiv:

<https://nefia.org/publikation-ad-hoc/ad-hoc-archiv>